

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 7.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltigen Zeilen oder deren Raum 200 Pfg. Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg. Reklamen 800 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 275.

Donnerstag, den 24. November 1921.

28. Jahrgang.

## Gegen den Wucher.

Berlin, 23. November. (Drahtbericht.)

Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages gab heute bei der Beratung der Kartoffelversorgung der Staatssekretär Huber vom Reichsernährungsministerium namens der Reichsregierung folgende Erklärung ab: „Noch heute wird die Verordnung zur Einschränkung des wilden Aufkaufswesens hinausgeschoben. Gestern sind die mit den Landwirten, Händlern und Verbrauchern geführten Verhandlungen über die Maßnahmen zur Eindämmung der übertriebenen Preisentwicklung zum Abschluss gekommen. Das Ergebnis der Verhandlungen, das heute oder morgen in einer Note sämtlichen Landesregierungen mit dem Ersuchen mitgeteilt werden wird, ist folgendes:

### Die Richtlinien für die Preisbemessung

sind festgestellt. Auf Grund dieser Richtlinien werden unverzüglich in den einzelnen Ländern und Erzeugungsgeländen Kommissionen aus Landwirten, Händlern und Verbrauchern unter amtlicher Leitung, und wenn möglich, unter Zuziehung von Beamten der Staatsanwaltschaft gebildet, die in ihren Bezirken angemessene Preise festsetzen. Diese Preise werden den Staatsanwaltschaften als Richtschnur für ihr Vorgehen gegen Wucherer dienen. Eine von dem Ministerium ausgearbeitete, auf einer Durchschnittsernte beruhende Berechnung angemessener Kartoffelpreise wird den Landesregierungen bekanntgegeben werden, damit in den einzelnen Gebietsteilen des Reiches eine möglichst gleichmäßige Preisfestsetzung erfolgt und die Gefahr einer Abwanderung der Kartoffeln aus den Gebieten mit niedrigeren Preisen und die damit zusammenhängende Gefahr einer eigenmächtigen Absperrung dieser Gebiete tunlichst ausgeschaltet wird.

### Ein Wuchererlaß Severings.

Berlin, 23. November. (Drahtbericht.)

Der preussische Minister des Innern Genosse Severing hat einen an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin gerichteten Erlaß herausgegeben, in dem es heißt:

„Es ist Pflicht der Polizei, der weiteren wucherischen Ausbeutung der ohnehin unter der wirtschaftlichen Lage schwer leidenden Bevölkerung entgegenzutreten und auch die realen Erzeuger und Händler vor Mißhandlungen und Angriffen dadurch zu schützen, daß die schamlosen Wucherer und Schieber aus ihren Kreisen entfernt werden. Ich ersuche daher, den Wucher-Erlaß meines Herrn Amtsvorgängers mit aller Entschiedenheit unter Ausnutzung der gesamten Polizeiforgane zur Durchführung zu bringen. Die Beamten der Schutzpolizei werden in noch weiterem Maße herangezogen werden können, als dies in dem Erlaß vom 14. September vorgesehen ist; sie werden mit bestimmten Anweisungen zur Feststellung offensichtlicher Wucherfälle zu versehen sein, ferner zweckmäßige Verwendung finden können, wenn es sich um die Erfassung von Warenbeständen handelt, die bei Erzeugern oder Händlern in der Absicht der Preissteigerung zurückgehalten werden. Die Schutzpolizeibeamten sind durch besondere Unterweisungen schleunigst über die ihnen neugestellten Aufgaben zu belehren. Die mit

### Ermittelungen in Ladengeschäften

beauftragten Beamten sollen allerdings in möglichst unauffälliger Weise einschreiten, so daß jede Aufregung des Publikums gegen die Ladeninhaber durch die polizeilichen Maßnahmen selbst vermieden werden, andererseits aber mit der nötigen Bestimmtheit gegenüber den Ladeninhabern vorgehen, so daß eine völlige Klarstellung des Verhältnisses der Einkaufspreise zu den geforderten Verkaufspreisen erreicht wird. Ergeben sich Zweifel hinsichtlich der Identität der zum Verkauf gestellten Waren mit den durch Einkaufsbelege nachgewiesenen, also der Verdacht, daß für ältere, zu niedrigeren Preisen erstandene Waren Einkaufsbelege aus jüngerer Zeit mit hohen Preisen nachgewiesen werden, so erscheint eine gründliche Geschäftsrevision durch berufene Kräfte unter Hinzuziehung von Vertrauensleuten aus Kreisen des realen Handels geboten. Falls die Einkaufspreise des Kleinhandels in ihrer Höhe zu Bedenken Anlaß geben, sind die Ermittlungen gegebenenfalls unter Abtrennung des mit größerer Beschleunigung zum Abschluß zu bringenden und alsbald der Staatsanwaltschaft zuführenden Bereichs gegen den Kleinhändler, auch gegen die Vorbesitzer der Waren bis zum Erzeuger oder Importeur, zu erstrecken. Bei diesen weitergehenden Ermittlungen ist auch auf den Gesichtspunkt der Zurückhaltung der Waren in der Absicht der Erzielung eines übermäßigen Gewinnes zu achten. In solchen Fällen sind die etwa noch im Lager befindlichen Waren rücksichtslos zu beschlagnahmen und der alsbaldigen Verwendung zuzuführen.

Von besonderer Bedeutung ist es, daß die gesetzlichen Bestimmungen gegen den Wucher nicht nur in den Großstädten

schärf gehandhabt werden. Dies würde die unerwünschte Folge zeitigen, daß die Waren, nach denen allenthalben dringender Bedarf besteht, von den Großstädten ferngehalten und nur in den kleinen Städten und auf dem Lande zum Absatz gebracht werden würden. Dem kann, wie überhaupt dem Wucher, nur dadurch vorgebeugt werden, daß überall in gleicher Weise eingeschritten wird.

Bei der Anwendung des Erlasses vom 14. September 1921 ist es als besonderer Mangel empfunden worden, daß den Polizeibeamten zahlenmäßige Angaben über die zulässigen Preise in der Form von Höchst- und Richtpreisen gemacht werden können. Diesem Mangel wird dadurch begegnet werden können, daß, soweit nicht andere zuverlässige Unterlagen für die Preisbemessung gegeben sind, u. a. diejenigen Preisfestsetzungen, die in dem vom Staatskommissar für Volksernährung angebahnten Lieferungsverhandlungen zwischen Erzeuger und Verbraucherverbänden getroffen ist, bei den Unterweisungen der Beamten als Anhalt für die zulässige Preishöhe verwertet wird. Für den Kartoffelhandel insbesondere lassen sich solche Anhaltspunkte aus dem Gutachten nehmen, die von dem gemäß dem Erlaß des Reichskommissars für Volksernährung vom 10. November 1921 durch die Oberpräsidenten zu bestellenden Sachverständigen erstattet werden.

Endlich weise ich darauf hin, daß bei den mit der Wuchererfolgung befaßten Behörden auch die tatkräftige Hilfe aller rechtlich denkenden Kreise des Volkes in Anspruch genommen werden muß. In diesem Sinne müssen vorwiegend Vertreter der Erzeuger, unter ihnen der Landwirte, ferner der Händler und der Verbraucher in weitem Umfange zur Mitarbeit herangezogen werden. Der Verbraucher vollends hat bei seinen täglichen Einkäufen am ehesten Gelegenheit, auffällige Preissteigerungen festzustellen. Allen solchen Anzeigen ist mit Eifer nachzugehen. Andererseits ist allen Akten der Selbsthilfe der Verbraucher vorzubeugen, und gegebenenfalls allen Plünderungen von Geschäften schnell und mit Nachdruck entgegenzutreten. Durch hinreichende und zeitige Zuziehung der Schutzpolizei muß die Sicherheit der Verkaufsstätten und der Inhaber unbedingt gewährleistet werden.

Um die Einheitlichkeit in der Provinz sicherzustellen, ersuche ich bei allen grundsätzlichen Maßnahmen im Einvernehmen mit den Oberpräsidenten vorzugehen.

## Die Wirtschaftslage Deutschlands.

Paris, 21. November.

Ein Mitglied der Reparationskommission erklärte einem Vertreter des „Bonsoir“, daß er aus seiner Reise nach Deutschland den Eindruck gewonnen habe, daß sich Deutschland in günstiger Wirtschaftslage befindet. Allerdings hätten der Arbeiter, der kleine Bürger und der Beamte schwer zu leiden. Aber die Wirtschaftslage Deutschlands sei gut, und man müsse daher erwarten, daß die Finanzen Deutschlands so wenig glänzend stehen. Die deutsche Regierung habe zweifellos ihre Aufgabe nicht ganz erfüllt, sie sei den Kapitalisten gegenüber zu schwach gewesen. Dadurch, daß sie in der letzten Zeit so viele neue Banknoten herausgab, sei der Kurssturz der Mark eingetreten. Man müsse daher wegen der künftigen Zahlungen Deutschlands Befürchtungen hegen. Nach alledem man demnach, daß Deutschland die nächsten Zahlungen leisten werde. Auf keinen Fall seien Zugeständnisse in der Frage der Reparationszahlungen gemacht worden.

## Deutsche Wiederaufbauarbeiter für Frankreich.

Paris, 24. November.

Eine Delegation des Aktionsausschusses für die zerstörten Gebiete ist gestern von Loucheur empfangen worden. Der Sekretär der Kommission erklärte, daß 88 Prozent der Bevölkerung die Anwerbung der deutschen Arbeiter verlangen. Loucheur erklärte, daß er nichts gegen die Verwendung deutscher Arbeiter einzuwenden habe, unter der doppelten Bedingung, daß sie nur für diesen Zweck gebraucht und das Abkommen mit der deutschen Regierung abgeschlossen werde. Er erklärte außerdem, daß er in Erwartung der Festsetzung dieses Abkommens sich verpflichte, ohne Aufschub nach den zerstörten Ortschaften 5000 englische Arbeiter zu entsenden, die dort arbeiten sollen, bis die deutschen Arbeitskräfte eintreffen.

## Große Aufträge seitens der Räteregierung.

Köln, 24. November.

Wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, hat die englische Firma Vickers mit der Räteregierung einen Vertrag abgeschlossen über die Herstellung von 1500 Lokomotiven und 10 Dampfern durch die englisch-baltische Maschinenfabrik in Reval. Die russische Regierung hat für die Firma Vickers einen erheblichen Kredit bereit gestellt.

## Das Ergebnis von Washington.

Dr. L. Lübeck, 24. November.

Der Beginn der Washingtoner Abrüstungskonferenz stand im Zeichen allseitiger Begeisterung; der weitere Verlauf dämpfte die Hochstimmung beträchtlich; der Schluß aber, in dem Briand den Akkord anshlug, legte wie eine Sturzwelle alle zarten Hoffnungen hinweg.

Mit großer Geste hatte sich Hughes, der sympathische Vertreter der Vereinigten Staaten, vor die Abgesandten der Nationen gestellt und die gute Absicht der Vereinigten Staaten verkündet, die weiteren Rüstungen seines Landes gewaltig einzuschränken, wenn England und Japan ein Ähnliches versprechen könnten. In der ersten Verblüffung über dieses hochherzige Angebot der reichsten und stärksten Nation stimmten England und auch Japan zu.

Bald aber meldeten sich doch hier und da kleine Einwendungen; die Stimmung wurde zögernd. England verlangte völlige Beseitigung der großen U-Boote, Frankreich trat dem entgegen. Und Japan, das nur aus einer gewissen Angst vor der geschlossenen Front aller Weltmächte zurückgewichen war, benutzte dieses kurze Schwanken, um für sich einige Vorteile herauszuschlagen, um eine größere Zahl von Großkampfschiffen durchzudrücken und, vor allem, um seine Sonderrechte in China vor aller Welt verbrieft und bestätigt zu lassen.

Damit war das glühendheiße Problem des Stillen Ozeans angeknüpft. China wehrte sich, verlangte das Recht der offenen Tür für alle, also gleiche Selbständigkeit gegen alle Mächte. China drang mit dieser Forderung auch wirklich durch. Die Frage des Stillen Ozeans verschwand damit wieder von der Tagesordnung; die Abrüstung stellte sich wieder in den Mittelpunkt der Erörterungen. Und nun versuchte man, zu greifbaren und festen Abmachungen zu gelangen.

Da fing der Jammer aber erst recht an. Frankreich fühlte sich als Seemacht zurückgelassen; es verlangte für sich die gleiche Flottenstärke wie Japan. Der Vertreter Englands aber, der alte Balfour, ärgerte sich über diese neue Störung und ging gegen die ungeheure französische Landmacht vor; vorsichtig zwar, aber doch deutlich und spitz. Mit vollem Rechte wies er darauf hin, daß die Frage der Seerüstungen in engstem Zusammenhange stehe mit den Rüstungen zu Lande, und daß auf diesem Gebiete Frankreich noch viel guten Willen zeigen müsse.

Jetzt hatte Frankreich das Wort; von der Haltung seines Vertreters hing das ganze Schicksal der so hoffnungsvoll begonnenen Weltkonferenz ab. Briand sprach, und er sprach so, wie es von ihm zu erwarten war; wie er es mußte, wollte er eine Woche danach im Palais Bourbon bestehen. Er ließ alle Rünste seiner glänzenden Rhetorik wirken, und er wandte alle Machtmittel seiner faszinierenden Persönlichkeit an, um alles das zu zerbrechen, was Washington bis dahin geleistet hatte.

Genau wie vor zwei oder vor drei Jahren malte Frankreich den Teufel des deutschen Militarismus an die Wand, kündigte sein Vertreter einen deutschen Revanchekrieg an! Seiner langen Rede kurzer Sinn war: Frankreich könne in absehbarer Zeit an eine Verminderung seiner Landmacht nicht denken, da Deutschland mit seiner Abrüstung nicht Ernst gemacht habe. Briand hatte die Wirkung, die er brauchte: die erleuchteten Köpfe in Washington waren wieder mehr als je davon überzeugt, daß Foch und seine Scharen das einzige Bollwerk für den europäischen Frieden seien, und daß in Deutschland eine allmächtige Militärpartei nur darauf lauere, das arme wehrlose Frankreich zu überfallen.

Damit hatte die Weltabrüstungskonferenz ihre offene Unfähigkeit zugegeben; sie kündigte ihren eigenen Bankrott an. Ihr Ergebnis schrumpfte mehr und mehr zusammen: Möglich vielleicht, daß die chinesische Frage vorläufig gelöst wird; sehr unwahrscheinlich, daß irgend eine erhebliche Abrüstung zu Wasser folgen wird; ganz ausgeschlossen aber, daß die ungeheuren Rüstungen zu Lande irgendwie eingeschränkt werden.

Nach wie vor ist Frankreich Mittelpunkt und die treibende Kraft der gesamten Weltpolitik. Der nationale Bloß, hervorgegangen aus dem Siegestaumel des Jahres 1919, herrscht in Frankreich unumjährt, und er beherrscht auch die Welt. Darüber darf man sich keinem Zweifel hingeben. Möge auch bei sämtlichen Erschawahlen das französische Volk beweisen, daß es auf dem Rückwege zur Besinnung ist, eine wirkliche Umbiegung der Machtverhältnisse in der Kammer ist in den nächsten zwei Jahren nicht zu erwarten. Erst die Neuwahlen im Jahre 1923 werden dazu die Möglichkeit bieten.

Diese Möglichkeit zu unterstützen muß das Hauptziel der deutschen Außenpolitik sein. Gelingt es uns, das französische Volk von unserer Friedensliebe und unserem besten Erfüllungswillen endgültig zu überzeugen, so haben wir den Weg freigemacht zu einer endlichen und tatsächlichen Weltveränderung. Unser Ziel muß deshalb sein, der ganzen Welt



immer wieder zu beweisen, daß das dumme nationalistische Gerede unserer Rechts- und Heilparteien im eigentlichen Sinne nicht den geringsten Anklang findet, daß es weiter nichts ist, als armseliges Verlegenheitsgestammel einer schuldlosen Militärdiktatur.

Wir wissen, daß französische Militärlisten wie Lardieu und Poincaré sich mit Vorliebe auf die Helferei und Hergt berufen, und auch auf Stinnes; wir hoffen aber, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo hüben und drüben Leute solchen Sotlages nicht mehr ernstgenommen werden.

## Steuer und Teuerung.

Einheitsfront aller Sozialisten.

Berlin, 24. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Am Donnerstag vormittag traten auf Einladung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes die Parteivorstände der SPD und der USV, im Reichstage zu einer Sitzung zusammen, um über die Steuerfragen, die Teuerung und ähnliche Probleme zu verhandeln. Auch der Wfa-Bund war vertreten. Einige Kommunisten erschienen als angeblich von den Unabhängigen eingeladen. Andere Genossen ließen keinen Zweifel darüber, daß sie sich von einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten, wie diese sich einseitig gebärden, nichts versprechen wollten. Die Unabhängigen traten zwar für die Zulassung der Kommunisten ein, stießen jedoch damit bei den Gewerkschaftlern nicht auf Gegenliebe. Auch die Delegation der Betriebsräte, die unter dem Protektorat der Kommunisten sich seit Dienstag im Reichstage etabliert hat, wurde, und zwar einmütig, nicht zu der Sitzung zugelassen. Beide Parteien sind aber selbstverständlich bereit, einzeln mit der Delegation der Betriebsräte zu verhandeln. Wie zweckmäßig es war, die Sitzung auf die freierwerblichen Organisations- und die beiden sozialdemokratischen Parteien zu beschränken, zeigte der Lauf der Verhandlungen deutlich. Es wurde sachlich und kameradschaftlich verhandelt und man kam zu einer weitgehenden Einigung, ein Ergebnis, das mit den wilden Kommunisten natürlich nicht zu erzielen gewesen wäre. Zu dem von den Gewerkschaften aufgestellten Aktionsprogramm gegen die Teuerung und zur Lösung der Steuerfragen konnte Genosse Hermann Müller erklären, daß wir mit diesem Programm ganz und gar einverstanden seien, denn wir hätten es schon bei der letzten Regierungsbildung als unsere Forderungen aufgestellt. Insbesondere sei die Erleichterung der Sachwerte unsere Forderung. Auch habe sich die Sozialdemokratie bereits bei dem Reichsfinanzminister für die schnellere Einziehung der fälligen Einkommensteuer eingesetzt, und so zwar so, daß die Einkommensteuerpflichtigen entsprechend ihrer Steuerdeklaration sofort zu zahlen hätten und die endgültige Berechnung später erfolge. Realität der Besteuerung der Spekulationsgewinne und der Pflanzung der schweren Mißstände im Devisenhandel ersah die Vereinbarung mit der USV. Hinsichtlich unserer Stellung zum Steuerprogramm, insbesondere auch zu der Verbrauchssteuer, befindet sich die Sozialdemokratie, wie Hermann Müller ausführte, in Vereinbarung mit den freierwerblichen Arbeitern und Anwerbskernern im Reichsministerium. Die Gewerkschaften haben übrigens schon im August erklärt, daß sie, wenn dadurch die Inflation aufgehalten werden kann, bereit sind, die Besteuerung zu unterstützen, selbstverständlich immer unter der Voraussetzung, daß genügend Besitzsteuern durchgeführt werden.

Man hätte von den Vertretern der Unabhängigen nicht erwarten dürfen, daß sie schon in dieser Sitzung bindende Erklärungen über ihre endgültige Stellungnahme zu den Verbrauchssteuern und Zöllen abgeben würden. Die ganze Haltung der Vertreter ist aber, daß sie gerade in diese kritische Phase mit erster Sachlichkeit zu prüfen. Die Verhandlungen zeigten jedenfalls, daß zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien eine grundsätzliche Verständlichkeit in der Auffassung der gegenwärtigen Lage nicht besteht. Man darf also hoffen, daß die Erleichterung der Sachwerten unter der Führung Stinnes als vorläufiger Kompromiß in der nächsten Woche nur eine einmalige Entlastung war. Die Unabhängigen werden aus der Rede Müllers noch einmal die ganze Erkenntnis der angespannten Lage deutlich haben. Unter Parteivorständen wies nämlich darauf hin, daß der Reichsfinanzminister nicht mit den Gewerkschaften gehen werde. Er werde es eher schwer haben, sich in der Zentrumskassette gegen den Industriekongress der Hempel, Glöckner usw. durchzusetzen. Die Auffassung des Reichstages während der Steuerkämpfe, die eine Einigung unter dem gegenwärtigen Ministerium kaum möglich erscheinen lassen, sei sehr wahrscheinlich. Man müsse mit dem Aufbruch des Volk in kurzer Frist rechnen.

## Der Kampf um die Besitzsteuern.

Berlin, 25. November. (Drahtbericht.)

Der Steuerauschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch in erster Beratung mit dem von der Regierung vorgelegten Vermögenssteuergesetz. Trotzdem erst am Dienstag anlässlich der Kanzler-Rede eine Generaldebatte zum Abschluß gekommen war, begannen die bürgerlichen Parteien abermals mit einer Generalausprache von der man gewiß ist, daß sie nichts Neues zutage fördern wird.

Genosse Bernheim wies als Berichterstatter kurz auf die Merkmale der Vorlage hin und betonte die Notwendigkeit, daß jetzt angeht die fürchterliche Finanzlage des Reiches keine zweifelhafte Redereien, sondern intensive Arbeit geleistet werden muß. Der Volksparteiler Land hielt dann eine lange Rede, in der er aus seinen großmännlichen Talenten Anwendungen zog und zu erklären versuchte, daß mit den vorliegenden Steuerentwürfen weder die Reparationslasten gedeckt, noch die Reichsfinanzen in Ordnung gebracht werden können. Helfen könne nur ein Moratorium auf etwa fünf Jahre. Die Steuererleichterung sei falsch; man benötige Kapital und Besitz. Selbstverständlich ist nach seiner Auffassung die Erleichterung der Sachwerte unmöglich.

Helferich, der ewig Oppositionelle, hält dann die dritte gleiche Rede, in der festgestellt wird, daß die Besitzsteuern heute schon bis zur Grenze ausgebaut sind. Er stellt dann fest, daß die Besteuerung in Deutschland weit erheblicher sei, als in den Entente-Ländern. Die Besteuerung der Sachwerte sei nicht der Weg, der zum Ziel führt, sondern bei Verwirklichung der Pläne des Reichswirtschaftsministeriums werde bald eine Ueberforderung der deutschen Wirtschaft zu verzeichnen sein. Die Wertermittlung nach dem „gemeinen Wert“ erklärte Helferich als unhaltbar.

Vom Zentrum sprach Abg. Herold. Er ließ keine Zweifel darüber, daß man auch in seinen Kreisen an die Unerschütterlichkeit des Ultimatus glaubt, trotzdem aber bestrebt sein müsse, alles zu tun, um den guten Willen zu beweisen. Nur so sei eine Revision des Friedensvertrages möglich. Man müsse versuchen, die Steuern und das Vermögen der Steuerträger in Einklang zu bringen, ohne eine Schwächung der Industrie vorzunehmen. Einen Eingriff in die Sachwerte

durch Erfassung der Sachwerte steht auch Herold ablehnend gegenüber.

Selbstverständlich traten auch die Abg. Scholz (DVP.) und Reinath (Dem.) für Schonung des Besitzes ein und kämpften gegen die Besteuerung der Sachwerte. Die Abgeordneten Dr. Herz und Bernheim vertraten gegenüber den von bürgerlicher Seite erhobenen Einwänden in entschuldigender Weise den Standpunkt der Sozialdemokraten und wandten sich gegen die Phrase, daß die Erfassung der Sachwerte die Ueberforderung der deutschen Wirtschaft bedeuten. Eher sei das Gegenteil der Fall. Die Einziehung der schon längst fälligen Steuern bezeichne sie als unaufschiebbare Arbeit. Zum Schluß hält noch der Kommunist Höllein eine lange phrasenhafte Rede, die jeder Sachkenntnis bar war.

## Ist ein Preisabbau möglich?

In einem Rundschreiben an die Reichsministerien und die Regierungen der Länder hat der Reichswirtschaftsminister darauf hingewiesen, daß nach den Erfahrungen vom Frühjahr 1920 auch diesmal die Möglichkeit besteht, daß die Scheitelpunkte in wenigen Monaten abflaut und in Verbindung damit eine Senkung des Niveaus der Warenpreise eintritt. Die jetzige Hausse am Warenmarkt geht allerdings größtenteils über das durch die Entwertung der Mark bedingte Maß hinaus, da weite Kreise des deutschen Volkes aus Furcht vor weiteren Preissteigerungen wieder in die alte Gewohnheit des Hamsters verfallen sind und hierdurch zeitweilig eine Nachfrage am Warenmarkt geschaffen haben, die den tatsächlichen Bedarf weit übersteigt. Der Zwischenhandel hat die Gelegenheit benützt, um die Waren, die durch noch aus einer Periode billigerer Rohstoffpreise und niedrigerer Löhne kommen, zu Phantastpreisen zu verkaufen. Es fragt sich nun, ob in absehbarer Zeit, vielleicht in den nächsten Monaten ein Preisabbau eintreten kann. Unter heutigen Verhältnissen hängt die Bewahrung der Rohstoffpreise in Deutschland nicht mehr so sehr von der Weltmarktlage, sondern vielmehr von den Kurschwankungen der Devisen ab. Diese aber bestimmen sich nicht zuletzt nach dem Umfange unserer Reparationsleistungen und nach dem Steigen und Fallen des inländischen Banknotenumlaufes. Ueber diese Dinge ist im jetzigen Moment, wo sich allerlei Verhandlungen über die Reparationen, Kredithilfe und Devisenbeschaffung in der Schwebe befinden, eine Voraussage kaum möglich. Weiter aber ist ein weiteres Sinken des Marktkurses an den Rohstoffen wahrscheinlicher als alles andere. Die Waren, die ausschließlich von der Industrie hergestellt werden, kommen jedenfalls schon zu sehr hohen Preisen in den Handel. Man muß bedenken, daß z. B. Baumwolle, die im Juni d. J. noch 20 Mark pro Pfund kostete, heute bereits mit circa 120 Mark bezahlt wird. In ähnlicher Weise sind fast alle anderen Rohstoffe gestiegen. Die Möglichkeit weiterer Preissteigerungen für die Industrieprodukte erhöht sich außerdem aus der unabweisbaren Notwendigkeit, die Arbeitslöhne den unendlich veränderten Kosten des Rohstoffaufwandes anzupassen. Auch die Kohlenpreise sind wieder erhöht worden. Am 23. d. Mts. ab liegt auf der Einfuhr ausländischer Rohmaterialien usw. ein durch die Erhöhung des Galvanies von 1900 auf 2900 % sich ergebender wesentlicher Anstieg vor. Es sind also alle Vorbedingungen für weitere Preissteigerungen. Soweit der Produktionsprozess in Frage kommt, ist die Teuerung fortgeschritten, wird in der Hauptsache davon abhängen, wie sich der Konsum zur Seite stellt. Ein großer Teil des Konsums an Kleider, Schuhen und anderen wichtigen Dingen ist bereits für das kommende Herbstjahr gedeckt. Das Ansteigen der Lebensmittelpreise macht außerdem weitere Preissteigerungen für Kleidung usw. fast unumgänglich. Es wird sich also mindestens auf diesem Gebiete höchstwahrscheinlich ein leichter Rückgang einstellen, vorausgesetzt, daß nicht die ausländischen Kräfte am deutschen Warenmarkt dieser an sich natürlichen Entwertung entgegenwirken. Auch eine Fortdauer der bisherigen Steigerungen der Devisenkurse wird natürlich unter allen Umständen trotz der Preisrückgänge am deutschen Warenmarkt weitere Steigerungen herbeiführen.

## Der kommunistische Hungerstreik.

Berlin, 25. November.

Der Hungerstreik in Eichenburg und Torgau kann als beendet betrachtet werden. Am Dienstag streikten in Eichenburg nur noch 4 Genossen; auch in Torgau verweilten nur noch 6 Genossen die Einnahme von Nahrungsmitteln. Am Mittwochvormittag war eine Delegation der halbeschen Arbeiterchaft bei Reichsstaatsminister und forderte unter Androhung des sofortigen Generalstreiks eine allgemeine Amnestie. Radbruch erklärte auch diesen Radikalen, daß er, wie bereits mitgeteilt, bereit ist, innerhalb 10 Tagen die Urteile nachzurufen, keineswegs aber in der Lage ist, für eine allgemeine Amnestie einzutreten. Am Donnerstag wird der Staatsminister über die Richtlinien einer neuen Begnadigungsaktion der Öffentlichkeit Mitteilung machen.

## Die Finanznot der Gemeinden.

SPD. Berlin, 23. November.

In der Finanznot der Gemeinden richtet der Deutsche Städte-Tag eine Eingabe an den Reichstag, worin er sagt, daß die neue Reichsfinanzgesetzgebung, wie sie sich im Reichseinkommensteuergesetz, im Körperschaftsteuergesetz und dem Landessteuergesetz darstellt, die bisherige Finanzlage der Gemeinden auf das Schlimmste erschüttert habe. Die Hauptlast der Gemeindehaushalte, die Einkommensteuer, ist den Gemeinden durch die Reichsfinanzgesetzgebung als Zuschlagsteuer genommen, und es ist ihnen lediglich ein begrenzter Anteil am Einkommen der Reichseinkommensteuer zugewiesen. Ein Ausgleich für diese Beeinträchtigung ihrer finanziellen Selbständigkeit ist ihnen bisher in anderer Weise nicht gegeben worden. Im Gegenteil hat das Reich auch auf anderen Gebieten, die bisher hauptsächlich den Gemeinden als Steuerquellen überlassen waren, keine eigene Sphäre weiter ausgedehnt. Im Landessteuergesetz hatte man sich noch bemüht, den Gemeinden einen gewissen Answeg zu eröffnen, indem man ihnen das Recht zur Besteuerung des neu Reichssteuern freigebliebenen Erbschaftsminerals einräumte. Durch die Novelle vom 24. März 1921 ist auch diese Einnahme den Gemeinden wieder entzogen worden. Sämtliche Parteien des Reichstages haben damals in einer einmütigen Entschließung ausgesprochen, daß die Reichsregierung verpflichtet sei, den Gemeinden diesen Answeg zu ersetzen, gegeben ist aber nicht.

Die Lage der Gemeinden wird noch dadurch verschlimmert, daß die Veranlagung und Erhebung der Reichssteuern durch die Finanzämter auf das Stärkste im Rückstande ist, so daß den Gemeinden viele Millionen in ihren Kassen fehlen, die sie anderweitig beschaffen müssen, weil der Steuerapparat des Reichs nicht ordnungsgemäß funktioniert. Insbesondere hat sich die Ausdehnung der Gemeinden durch die gewaltige Steigerung der Preise und Löhne viel mehr er-

höht, als die Einnahmen gestiegen sind. Hinzu kommen ständig neue Lasten, die das Reich auf die Gemeinden abwälzt. Es seien nur die Erwerbslosenfürsorge, die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge genannt. Dazu kommt nun noch die ungeheure Mehrbelastung durch die Erhöhung der Beamten- und Angestelltenbezahlung und der Arbeiterlöhne nach dem Vorgange des Reichs. Die Einlage des Städtetages bezeichnet es als ausgeschlossen, daß die Gemeinden alle diese Lasten auf der bisherigen Finanzgrundlage tragen können. Es muß endlich etwas für die Gemeinden geschehen. Die Gemeinden erheben die nachdrückliche Forderung, daß die Reichsfinanzgesetzgebung eine grundsätzliche Veränderung erfährt und bei der bevorstehenden Neuordnung der Reichssteuererhebung die Gemeindeinteressen in ausreichender Weise berücksichtigt werden. Insbesondere davon müsse voller Ernst für die nachträgliche Aufhebung der Besteuerung der Mindesteinkommen gewährt werden. Als laufende Hilfe verlangen die Gemeinden Zuweisung von entsprechenden Steuerermäßigungen, die ihre finanzielle Selbstverwaltung mahren. Eine endgültige Lösung des Problems würde erfordern, daß eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten erfolgt, und die möglichen Steuerquellen unter die drei großen Aufgabenträger (Reich, Länder und Gemeinden) planmäßig aufgeteilt würden. Unabhängig davon müßten bei den jetzt vorliegenden einzelnen Steuerentwürfen die Gemeindeinteressen gebührend berücksichtigt werden. Solche Steuern, die in näherer Beziehung zu den Verhältnissen der Gemeinden stehen als zum Reich, müßten ganz den Gemeinden überlassen werden. Bei anderen Steuern seien die Gemeinden neben dem Reich mit zu beteiligen. Der Reichstag wird nächstens eine demokratische Interpellation über die Gemeindefinanzen verhandeln.

## Die Entschädigung der Schöffen.

Nachdem längst schon mit Recht über die viel zu niedrige Entschädigung der Schöffen, Geschworenen, Zeugen und Sachverständigen geklagt worden ist, weist nunmehr eine Reichstagsanfrage darauf hin, daß auch bei den Ausschüssen der Finanzämter nur eine Entschädigung von 30 Mark für den Tag gewährt wird. Diese Aufwandsentschädigung macht es Angehörigen der arbeitenden Klasse unmöglich, als Mitglieder der Ausschüsse tätig zu sein, da sie mehr an Arbeitslohn verlieren, als sie Aufwandsentschädigung erhalten. Die Mitarbeit von Angehörigen der Arbeiterklasse ist aber unbedingt erforderlich, wenn die Arbeiterausschüsse auch im Proletariat Wirksamkeit entfalten sollen. Man muß erwarten, daß baldigst eine genügende Aufbesserung dieser Entschädigungen eintritt.

## Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Genf, 23. November. (Eig. Drahtbericht.)

Die Führer der deutschen und polnischen Kommissionen für die Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien traten heute unter dem Vorsitz Calonders zu den ersten Besprechungen zusammen. Die Vorbereitungsarbeiten wurden mit Beirathungsausschüssen ausgefüllt. In der Nachmittagsitzung wurde beschlossen, die Beratungen vertraulich zu behandeln, jedoch über den Verlauf der Sitzungen von Genf aus nach Möglichkeit eine Mitteilung zu veröffentlichen. Der Tagungsort der kommenden Verhandlungen ist noch nicht bestimmt. Aller Voraussicht nach werden jedoch die Sitzungen in Danzig stattfinden.

## Reparation und Kreditaktion.

Am Dienstag vormittag hat Reichsfinanzminister Dr. Wirth im vereinigten Steuerauschuß des Reichstages in einer großen Rede interessante Ausführungen zum Reparationsproblem gemacht. Bekanntlich dreht sich die ganze Frage darum, wie Deutschland nach den Erschütterungen der Markwährung als Folge der letzten Reparationszahlung und der dadurch bedingten ungeheuren Devisenbeschaffung und damit geförderter Devisenspekulation in der ganzen Welt den am 15. Januar und 15. Februar fällig werdenden weiteren Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag und dem Londoner Ultimatum gerecht werden soll. Denn offenbar hat der Kanzler erzählt, daß die Anwesenheit der Reparationskommission in Berlin keineswegs der Frage galt, wie Deutschland in Folge des Valutasturzes der Mark Zahlungsänderungen zugestanden werden könnten, sondern, daß die ganze Instruktion der Reparationskommission dahin ging, die Sicherheiten für die Zahlungen in Gold am 15. Januar und Februar festzustellen. Man dachte also auf Seite der Entente noch garnicht daran, daß durch die Reparation aufgeworfene Weltwirtschaftsproblem einer Lösung zuzuführen. Das deutsche Volk und die Reichsregierung haben sich bei ihren Hoffnungen wieder einmal in einem Irrtum befunden, das geltend auch der Reichsfinanzminister in seinen Ausführungen unumwunden zu.

Für die deutsche Politik und für die deutsche Wirtschaft bleibt es also bei den Verpflichtungen, wie sie für die beiden ersten Monate des kommenden Jahres festgelegt sind, denn weder über diese beiden Zahlungen, noch überhaupt ließ sich die Reparationskommission in offizielle Verhandlungen über die Frage eines Moratoriums ein, d. h. einer Verschiebung und Verzögerung der uns aufgebürdeten Lasten. Daß wir unteren in Versailles und London übernommenen Verpflichtungen zur Reparation nur nachkommen können, wenn die deutsche Wirtschaft und ihre führenden Männer tätig und guten Willens mitarbeiten und nicht im Gegenteil die Erfüllungspolitik in den Grenzen des Möglichen der Reichsregierung gegenüber sabotieren, darüber besteht heute kein Zweifel mehr. Aus diesem Gedanken heraus wurde in den letzten Wochen die Kreditaktion der Industrie zum inner- und finanzpolitischen Schlagwort. Denn rasch mußte das deutsche Volk einsehen, daß seine ersten optimistischen Hoffnungen auf dieses Kreditangebot, von dem man bis heute noch nicht weiß, ob es eigentlich von der Industrie oder der Reichsregierung angeregt worden ist, genau so getäuscht wurden wie die Annahme, daß das Eintreffen der Reparationskommission in Berlin in diesen Tagen des katastrophalen Zusammenbruchs der deutschen Markwährung von einer Einkehr zur Vernunft auf Seiten der Entente zeuge. Auch die deutschen Kapitalisten kennen dem Staate und insbesondere der Republik gegenüber keine idealen Beweggründe, für sie ist und bleibt alles nur Geschäft, das entbittert in krasser Form die berichtigten Bedingungen, die das Kreditangebot der Industrie begleiteten, und deren Annahme die deutsche Republik gänzlich den Klauen des



Schwerindustriellen Großkapitalismus ausgeliefert und die deutsche Staatshoheit mindestens so angetastet hätte, wie der Versailler Vertrag.

Aus den Ausführungen des Reichsanzlers ergibt sich, daß die Reparationskommission vor allem deshalb so plötzlich und überraschend in Berlin eingetroffen ist, weil sie die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der deutschen Industrie sehr aufmerksam verfolgt hatte und anschließend mit einem Abschluß dieser Verhandlungen für die Tage ihrer Anwesenheit in Berlin rechnete. Immer und immer wieder verlangte die Kommission Aufklärung über den Stand der Kreditaktion von Seiten der Industrie und der Kanzler mußte zugeben, daß das Nichtzustandekommen der erwarteten Kredithilfe durch die Industrie auf die Reparationskommission außerordentlich verstimmend und enttäuschend gewirkt habe. So liefen in denselben Tagen zwei Verhandlungen nebeneinander, die eng zusammenhängen und beide in den erhofften Zielen scheiterten, und allgemeine Enttäuschung bereiteten die Verhandlungen mit der Reparationskommission über die kommenden Reparationszahlungen und die Verhandlungen mit der deutschen Industrie über die Gewährung eines Kredits als Voranschuß auf schon längst fällige und kommende Steuerverpflichtungen.

Die Verhandlungen mit der deutschen Industrie gehen weiter. Die schwerindustriellen Großkapitalisten haben allerdings politisch noch nichts dazu gelernt. Zur großen Ueberzeugung und Entrüstung der Linksparteien mußte der Reichsanzler nämlich erklären, daß die Industrie von ihren Bedingungen noch nichts nachgelassen habe. Sie besteht anscheinend auf ihrer Forderung nach ungezügelter freier Wirtschaft und will sich unbedingt in den Besitz des Reichseisenbahnnetzes in irgend einer Form setzen. Die Regierung selbst unterzieht sich der Mühe, die von der Industrie aufgestellten Bedingungen einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und will zu Beginn der kommenden Woche sogar eine Denkschrift über diese Frage dem Reichstag vorlegen. Wir bezweifeln, ob wir damit in der Frage der Geldbeschaffung einen Schritt vorwärts tun. Auch die Reichsregierung scheint mit einem endgültigen Scheitern des Angebots der Industrie an ihren für den Staat unannehmbaren Forderungen zu rechnen. Sie hat inzwischen selbst ihre Fühler ausgestreckt, um den Versuch zu machen, auf den Weltgeldmärkten Kredite vor allem langfristiger Art zu erlangen. Von besonderer Schwierigkeit bleibt dabei allerdings, daß auf der anderen Seite die Verhandlungen in Washington über die internationale Abrüstung das ganze Interesse der politischen und finanziellen Kreise aller in Frage kommenden Staaten in Anspruch nimmt. Erst wenn eine Klärung der weiteren politischen Gestaltung und der Konstellation der Weltmächte sich in Washington herausgeschält haben wird, werden wir wieder für Deutschlands finanzielle Lage das gebührende Interesse erwarten dürfen, und mit der Möglichkeit einer Gewährung eines direkten Auslandskredites an das Reich rechnen können. Dabei unterliegt es gar keinem Zweifel, daß das Reich den ausländischen Geldgebern gegenüber gewichtige Garantien bieten müssen. Was für Garantien können das aber sein? Was hat das verarmte Deutschland den fremden Geldgebern zu bieten? Der ganze Reichtum des deutschen Volkes besteht in seinen Sachwerten, die jedoch nicht dem Staate gehören, sondern ausschließlich Privatbesitz vor allem der industriellen und landwirtschaftlichen Kreise sind. Es zeigt daher immer wieder jedes Aufrollen des Problems der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen, daß das Reich um die Erfassung der Sachwerte nicht herumkommt und herumkommen wird. Ohne die Erfassung der Goldwerte und ihre Veräußerung für das Reich wird dieses niemals einen Kredit erhalten. Mit der Erfassung der Sachwerte steht und fällt die Erfüllungspolitik des republikanischen Deutschland.

### „Im Zeitalter der Maschinengewehre“

In einem dieser Tage erscheinenden Buche legt sich der inzwischen verstorbene Albert Ballin mit der Kriegspolitik Wilhelms II. und insbesondere mit der U-Boot-Strategie auseinander.

Nach heute sind keine Ausführungen von Interesse, zeigen sie doch, daß sich weit in die Kreise des rechtsgerichteten Bürgertums hinein die Kriegspropaganda der Obersten Seeresleitung schärfste Verurteilung fand. Ballin gehörte niemals zu den Uboatgläubigen, sondern sah stets die verhängnisvollen Wzungen, der durch die Oberste Seeresleitung betriebenen Kriegsverlängerung. Am 4. April 1917 schrieb er einen umfangreichen Brief an den Chef des Zivilkabinetts, der einen Verzicht darstellt, die Umgebung des Kaisers und also den Kaiser selbst über die tatsächliche Lage aufzuklären. In diesem Briefe heißt es: „Es steht fast aus, als ob man die Zeichen der Zeit nicht verkände. Es wird der Regierung mit dem preussischen Wahlrecht ebenso gehen, wie es einst ging mit den libylinischen Wählern: Sie werden immer teurer, je länger man zögert, sie zu erwerben. Heute müßte man mit einem Muralwahlrecht noch sehr gut auskommen. Wenn der Krieg aber zu Ende ist und die Sozialdemokratie ihre Leute demobilisiert, und eines Abends 10 000 Mann, geschmückt mit eisernen Kreuzen, in großen Demonstrationen auftreten läßt, so ist keinhalten mehr. Man sagt mir zwar, im Zeitalter des Maschinengewehrs gäbe es keine Revolutionen. Ich glaube nicht daran; ich glaube es noch weniger, seit wir die Ereignisse in Petersburg kennen. Daß das regierende Haus und noch dazu in Rußland so lang- und kluglos, ohne daß ein Großfürst oder ein Soldat die Hand aufhebt, verschwindet, gibt doch viel zu denken.“

Verzeihen Sie, daß ich mit diesem sehr offenkundigen Schreiben mich an Sie wende, aber ich halte es für meine Pflicht und Schuldigkeit, Ihnen, hochverehrte Excellenz, das einmal auszusprechen.“

Im Mai 1917 machte Ballin, einer Einladung der Obersten Seeresleitung folgend, einen Besuch im Hauptquartier und fand dort eine starke Stimmung gegen den Kanzler vor. Auch den Kaiser sah er und bemerkte hierüber in seinen Aufzeichnungen: „Ich habe mit dem Kaiser nach der sehr kurzen und kriegsmäßigen Mahlzeit mehrere Stunden allein gesprochen und fand ihn, meiner Ansicht nach, in einer viel zu optimistischen Stimmung. Er sowohl wie Ludendorff leiteten meines Erachtens gar zu große Hoffnungen auf den Erfolg des Uboat-Krieges; sie übersehen, daß wir uns die ganze Welt zum Feinde machen, und daß, solange wir nicht Munitionsschiffe und die Schiffe, welche die Holzladungen nach England tragen, abschließen können, die Aussicht, welche die Herren eröffnen, nämlich, daß im Falle der Engländer auf den Knien liegen, mindestens sehr übertrieben optimistisch ist.“

Ballins Warnungen verhallen ungehört. Der Uboat-Krieg nahm seinen verhängnisvollen Lauf. Amerika wurde in den Krieg mit hineingezogen und die amerikanischen Truppen, die nach den Worten des internationalen Paraführers Herat nicht fliegen und nicht schwimmen konnten, waren zusammen mit den angebläh von der Erde verschwundenen Kaiserdearmeen des Marichants

Nach dem Weltkrieg die entscheidende Weisung. Wieder hatte politische Urteilskraft über die Einsicht in den notwendigen Verlauf der Dinge gesagt.

### Besichtigung der Deutschen Werke durch ausländische Pressevertreter.

Berlin, 23. November. Unabhängig von dem vorgestrigen Besuch des Generals Nollet, besuchten, wie schon kurz gemeldet, am 21. November in Besetzung einiger Herren des Auswärtigen Amtes Vertreter der ausländischen Presse und zwar Amerikaner, Holländer, Schweden, Russen, Engländer, Italiener, Rumänen, Dänen, Chinesen und Japaner die Werke Spandau und Havelvorst der Deutschen Werke A.-G. Die Herren konnten sich an Ort und Stelle davon überzeugen, daß die Werke mit der Fabrikation von Kriegswaffen nicht mehr das Vermögen zu tun haben, daß die angeordneten Beschränkungsmaßnahmen jeder nachsichtigen Begründung entbehren und daß die Zurücknahme der betreffenden Ententnoten unbedingt erforderlich sei, wenn nicht schwere wirtschaftliche Sabotagen, insbesondere Entlassung von Tausenden von Angestellten und Arbeitern die Folge sein soll.

### Blünderungspolitik.

Der Polizeipräsident von Groß-Berlin sah sich im Einverständnis mit dem preussischen Innenminister Severing veranlaßt, unter Berufung auf den Artikel 123 der Reichsverfassung die Versammlungsfreiheit einzuschränken; er hat Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge in den Straßen für die nächsten Tage verboten, nachdem sich, was von vornherein feststand, nunmehr klar erwiesen hat, daß die Blünderungen von Lebensmitteln- und sonstigen Geschäften innerhalb Groß-Berlins keineswegs von den durch die neuere Steuerungsstelle am schwersten betroffenen Schichten der Bevölkerung ausgehen, sondern daß die ganzen Vorfälle der jüngsten Tage sich als das Ergebnis einer systematischen Agitation von Seiten der KPD. und KWD. erweisen. Denn tatsächlich handelt es sich bei den wahllosen Blünderungen der Geschäfte am Montag und Dienstag um Ausschreitungen halbwüchsiger Burken, die von Drahtziehern politisch aufgepuscht sind. Die Groß-Berliner organisierte Arbeiterchaft steht diesem Treiben in der schärfsten Weise entgegen und wir wiederholen auch von dieser Stelle aus die Mahnung, sich in den nächsten Tagen jeder öffentlichen Demonstration zu enthalten.

### Ein Notgesetz für die Invalidenrentner.

Berlin, 23. November. Das Gesetz über Notstandsmassnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung ist nach zwei Seiten hin ein Notgesetz. Unsere ganze Invaliden- und Unfallfürsorge ist aufgebaut auf dem Boden der Versicherung. Auch die seither gewährten Rentenerhöhungen sind versicherungstechnisch in das Gesetz hineingearbeitet. Der Reichstag stand bei seiner Beratung vor der Entscheidung, ob der seither beschrittene Weg auch weitergegangen werden soll, oder ob nicht aus allgemeinen Mitteln die Notlage behoben werden kann. Da eine weitere Erhöhung der Invalidenbeiträge nicht mehr möglich erschien, andererseits aber den Rentenbeziehern dringend geholfen werden mußte, entschloß sich Regierung und Reichstag zur Schaffung eines Fürsorgegesetzes.

Das neue Gesetz bestimmt zunächst, daß die Gemeinden verpflichtet sind, Empfänger von Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung auf Antrag eine Unterstützung zu gewähren. Während die bisherigen Rentenerhöhungen ohne Antrag und ohne Prüfung der Bedürftigkeit in jedem Falle gezahlt wurden, bestimmt das neue Gesetz, daß die Unterstützung nur auf Antrag und unter bestimmten Voraussetzungen zu zahlen ist. Die Unterstützung ist in einer solchen Höhe zu bemessen, daß das Gesamthauseinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 3000 Mk., einer Witwen- oder Witwenrente den Betrag von 2100 Mk., einer Waisenrente den Betrag von 1200 Mk. erreicht. Entsprechende Unterstützungen sind an Empfänger von Ruhegehalt oder Hinterbliebenenrenten aus der Angestelltenversicherung, an Witwen jedoch nur, wenn sie invalide sind, zu zahlen. Hat der Empfänger Kinder unter 15 Jahren, die nicht anderweit Renten beziehen, so erhöht sich die für das Jahreseinkommen anzurechnende Grenze um 500 Mk. für jedes Kind. Bei Berechnung des Jahreseinkommens bleibt das Arbeitseinkommen der Rentenempfänger bis zum Jahresbetrage von 2000 Mk. außer Anschlag; bis zum Betrage von 600 Mk. insgesamt sind auf das Jahreseinkommen nicht anzurechnen: Bezüge aus Grund des Reichsverforgungsgesetzes oder anderer Militärversorgungsgesetze, aus der knappschäftlichen Versicherung, aus öffentlichen oder privaten Versicherungsunternehmungen, aus privaten Unterstützungseinrichtungen sowie aus Sparguthaben. Im Plenum des Reichstages ist es der bürgerlichen Mehrheit geglückt, noch einzuschmuggeln, daß die Bezüge der Hinterbliebenen hierbei zusammenzurechnen sind. Das bedeutet eine wesentliche Verschlechterung gegenüber den Beschlüssen des Ausschusses.

Jeder Bezüher einer Rente aus der Invalidenversicherung hat, wenn er die Unterstützung beanspruchen will, einen dahingehenden Antrag bei der Gemeinde seines Wohnortes zu stellen. Die Gemeinde setzt die erhöhte Unterstützung fest und zwar unter Zuziehung von Personen aus den Kreisen der Versicherten oder Rentenberechtigten. Gegen die Festsetzung der Unterstützung ist Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

Die Sozialdemokraten versuchten im Ausschuss und im Plenum durchzusetzen, daß die Unterstützungen allen Empfängern einer Rente aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung gezahlt werden. Sie vertraten dabei die Auffassung, daß fast jeder Rentenempfänger bedürftig sei, und daß durch eine Prüfung nur erhöhte Verwaltungskosten erwachsen. Wir befanden uns dabei in guter Gesellschaft, denn der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hatte sich e. i. n. m. ä. i. g. auf den gleichen Standpunkt gestellt. Nichtsdestoweniger hat es die bürgerliche Mehrheit fertig

gebracht, die Unterstützung nur den im bürgerlichen Stand „Bedürftigen“ zu gewähren. Die Gemeinden haben daher in jedem Einzelfall zu prüfen

1. Wie hoch das Arbeitseinkommen eines Rentenbeziehers ist,
2. ob und in welcher Höhe dieser aus anderen Fürsorgeeinrichtungen Renten resp. Unterstützungen bezieht.

Die Regierung operierte naturgemäß mit ungeheuren Zahlen und rechnete aus, daß die Durchführung dieses Gesetzes jährlich etwa 3 Milliarden Mark erforderte. Davon kann natürlich nicht die Rede sein. Selbst wenn allen Rentenbeziehern ihre Rente auf 3000, 2100 resp. 1200 Mark erhöht worden wäre, bliebe der aufzuwendende Betrag weit hinter den Angaben der Regierung zurück. Nach der endgültigen Fassung des Gesetzes dürften die ganzen Notstandsmassnahmen etwa 1,2 Milliarden Mark im Jahre kosten.

Hert wurde im Ausschuss um die Frage gezeugen, wer, ob Reich, Länder oder Gemeinden die Trägerin der Notstandsmassnahmen sein sollen. Nach der Regierungsvorlage sollte das Reich, die Länder und die Gemeinden je 1/3 der Kosten aufbringen. Daß die Landesversicherungsanstalten als die Träger der Invalidenversicherung nichts leisten können, darüber war man sich von Anfang klar. Der Deutsche Städtetag wies nach, daß auch die Gemeinden zahlungsunfähig sind. Die Länder taten das gleiche.

Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich der Auffassung, daß die Fürsorge Sache des Reiches ist. Nachdem aber gegen unseren Willen die Unterstützung an die vorstehend geschilderten Voraussetzungen gebunden ist, haben wir zugestimmt, daß zu den Kosten das Reich acht Zehntel und die Gemeinden zwei Zehntel beizutragen haben. Denn wenn die Ausführung eines Gesetzes bei den Gemeinden liegt, und wenn die Verhältnisse eines jeden Einzelnen geprüft werden müssen, dann müssen die Gemeinden auch finanziell an dem Gesetz interessiert werden.

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 in Kraft.

Aufgabe des Reichsarbeitsministeriums wird es nunmehr sein, alsbald die Ausführungsbestimmungen zu erlassen und dadurch die Möglichkeit zu schaffen, daß wenigstens der größere Teil der Unterstützungsberechtigten die Bezüge noch vor Weihnachten angewiesen erhält. Unsere Hoffnungen in den Gemeinden werden in Verbindung mit Personen aus den Kreisen der Versicherten oder der Rentenempfänger darüber zu wachen haben, daß das Fürsorgegesetz eine möglichst weitherzige Anwendung findet. Dazu kann auch der Reichsarbeitsminister durch entsprechende Ausführungsbestimmungen beitragen.

### Volkswirtschaft.

#### Steigerung der Ruhrkohlenförderung.

Die Kohlenförderung des Ruhrkohlenbeckens (einschl. der holländischen Zechen) hat im Monat Oktober 1921 betragen:

	Gesamtförderung	Arbeits-tage	Arbeits-tägl. Förderung
Oktober 1921	8 047 343 Tonnen	28	309 514 Tonnen
Septbr. 1921	7 853 871 „	26	302 072 „
Februar 1921	8 174 806 „	24	340 609 „
Oktober 1921	9 895 090 „	27	366 484 „

Die arbeitsmäßige Förderung ist mithin von 302 072 Tonnen im September auf 309 514 Tonnen im Oktober gestiegen. Die Minderförderung beträgt im Vergleich zum Februar (dem letzten Ueberprüfungsmonat) rund 31 000 Tonnen. Die Lagerbestände sind von 359 104 Tonnen Ende September auf 634 634 Tonnen Ende Oktober gestiegen.

### Steigende Butterpreise.

Hamburg, 23. November.

In der heute in Hamburg abgehaltenen Auktion der Meierei-Verbände in Schleswig-Holstein zeigte sich bei knappen Zufuhren und lebhafter Kauflust ein weiteres bedeutendes Steigen der Butterpreise. Die Preise bewegten von 48,65 Mk. bis 44,20 Mk. für das Pfund, gegen 40,50 Mk. bis 41,65 Mk. auf der Auktion am 17. November. Zu den Preisen kommt noch 1 Prozent Kapellingsgeld.

### Devisen-Kurse.

Berlin, 24. November.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	23. Nov.	22. Nov.	
Amsterdam	160 fl.	9540.15	9590.10
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1918.05	1923.05
Kristiania	100 Kr.	3906.05	3996.00
Kopenhagen	100 Kr.	5134.55	5194.30
Stockholm	100 Kr.	6523.45	6553.40
Helsingfors	100 finn. Mk.	509.45	514.45
Rom	100 Lire	1133.55	1148.55
London	1 £	1111.85	1121.35
New York	1 Doll.	278.47	280.71
Paris	100 Frs.	1963.00	1973.00
Zürich	100 Frs.	3252.20	3294.70
Madrid	100 Pesetas	3321.15	3346.15
Wien	100 K.	8.58	9.28
Budapest	100 K.	39.97	29.67
Prag	100 K.	268.70	292.70

### Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffsname Kapitän Herkunftsorti Fahrzeit Tage

Angelommen am 23. November.				
D.	Carl Krug	Debrs	Warnemünde	10
E.	Johanne	Indersb.	Rüggenmünde	2
D.	Anneliese	Thiel	Bosgå	4
D.	Alexandra	Grensh.	Tranglud	4
D.	Milian	Quitaoson	Gorbenburg	4
D.	Hecht	Strubs	Geestmünde	3
E.	Rüben	Brücke	Geestmünde	3
D.	Delphin	Wienac	Rolding	1
Angelommen am 24. November.				
E.	Witing	Chiffenfen	Soendborg	1
E.	Goidea	Beeg	Haderleben	7

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Seber; für Freiheit Lübeck und Revuekon Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Intellektuelle Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



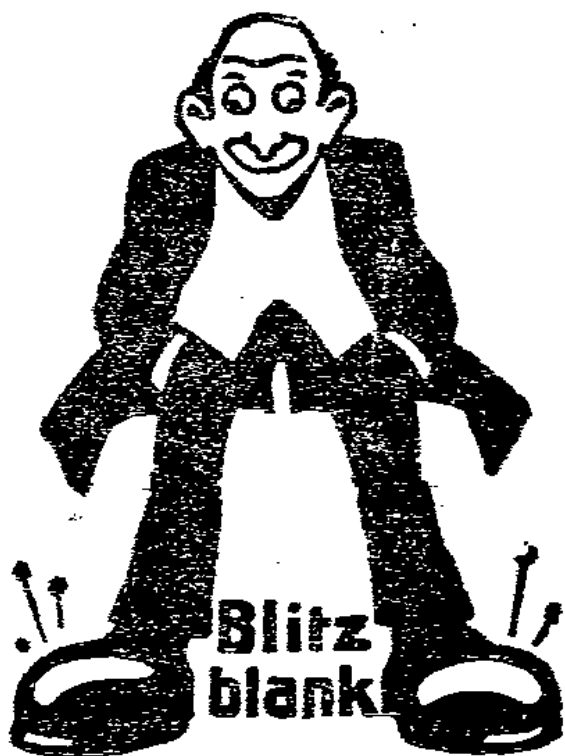
**Allgemeine Ortskrankenkasse für das Fürstentum Lübeck.**

Gutin, den 21. Novbr. 1921.

In den Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für das Fürstentum Lübeck sind gewählt:

- I. als Mitglieder:**
- aus der Gruppe der Arbeitgeber: Steenbock, Heinrich, Bauunternehmer, Gutin, Heger, August, Zimmermeister, Gutin.
  - aus der Gruppe der Versicherten: Fied. Heinrich, Maurer, Stockelsdorf, Bremer, Gustav, Zimmerer, Ahrensböf, Wulff, Thomas, Lagerhalter, Schwartau, Scheel, Adolf, Arbeiter, Gutin.
- II. als Ersatzmänner:**
- aus der Gruppe der Arbeitgeber: Grauert, Otto, Kaufmann, Gutin, Kraushaar, Karl, Tischlermeister, Ahrensböf, Franz, Heinrich, Bauunternehmer, Bahnhof Gleichendorf, Gittel, Philipp, Meierelbesiger, Schwartau.
  - aus der Gruppe der Versicherten: Westphaling, Heinrich, Arbeiter, Fadenburg, Schweimer, Adolf, Arbeiter, Fadenburg, Petersen, Karl, Maurer, Gutin, Wittchow, Albert, Bureauvorsteher, Gutin, Christoffersen, Peter, Maschinenbauer, Ahrensböf, Humana, Fritz, Arbeiter, Ahrensböf, Dirichsen, Karl, Lagerhalter, Seereh, Baabe, Friedrich, Tischler, Schwartau.
- Der Vorstand: H. Steenbock.

**Kräftiger Conditore gefucht.**  
Konditorei N. P. Johannsen,  
Fleischhauerstraße 31. (9484)



**Blitz blank**

wird im Na jeder Stiefel durch **Lavalin** Die Qualität über zeugt jeden. Überall zu haben. Gen. Fabrik Gebr. Meyer Hannover 21.

Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,**  
Telephon 798. Moltkestraße 1. (9447)

**Achtung! Günstiges Fleischangebot!**  
Junge dickfette Ochsenbacken ohne Knochen Pfd. 9.- Mk. (kein Salzfleisch) (9469) Verkauf Freitag und Sonnabend Markthalle stand 16.

Freitag und folgende Tage:  
**Prima fettes Fleisch**  
C. Kühn, Schulstraße 9 b. (9468)

Entlaufen kleine gelbe Hündin Mittwoch vorm. 11 Uhr. Geg. Belohn. abzugeben (9462) Westhofstr. 80, l.

**Alle Arbeiter**  
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei **Otto Albers**  
Markt 4 Kohl. 10 (9444)

**Kaufe Metalle, Eisen, Papier, Flaschen, Stuhlhaut, sämtliche Felle.**  
Erdmann, (9449) Glockengießerstraße 61.

**Teilnehmer für Anfänger-Kursus in Mandolinen- und Gitarrenspielen** gesucht. (9476) Anmeldungen bei **Carl Teß,** Königstraße 45 l.

**Achtung, Sparklubs! Sparkassen-Bücher** in übersichtlicher Aufmachung vorrätig in der Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 45.

**Sprechst. - Aenderung:** Zeit: 8-9 u. 3-4 Uhr **Dr. med. Seebohm** Roekstr. 52. (9478)

**„Zur Mühle“**  
Böckerstraße 61. (9468)  
Feinstes Weizenmehl 6.20  
Roggenfeinmehl 5.00  
Roggenarobmehl 4.70  
Maisfeinpuder 5.50  
la. gelbe Erbsen 3.80  
Weiße Bohnen 5.00  
Grüne Erbsen 4.50  
Bohnsche Pfauen 8.50

**Leiden Sie?** an Flechten, Hautausschlag, Hautjucken, Pickeln, Finnen, Schorf, Krätze usw., dann gebrauchen Sie **Dr. Terrah's Heilseife.** Erfolg überraschend. — Stück 6.50 Mark. Zu haben in den Apotheken und Drogerien.

**Drogerie Aug. Präsck,** Mühlenstr. 1. Theater - Drogerie, Breite Straße 15. **Marli-Drogerie,** Marlistraße 42. **St. Lorenz - Drogerie,** Lindenstraße. **Diana-Drogerie,** Glandorfsstraße 1. **Kreuz-Drogerie Thiel-** (9445) baher, Schlutup.

Marmelade 6.50, Sirup 5.50, Seife 2.90, Perfil 4.00, Kernseife 4.80, Dirin 2.25, Steichloba 1.60, Erbsen 4.50, Korntraut 3.50, Bohnen 5.20, Kaffermehl (Schmidt) 1.90, Weizenmehl 5.80-6.50. **A. Kiel,** (9475) Sundestraße 20.

**Kaufen Sie jetzt** meine billigen Wollwaren. **Normalhemden u. Normaljassen, Dam.-Normalhosen, Sweater, wollene Westen, Strümpfe, Handstrümpfe, Strickwolle.** (9483)

**Heinrich Beck** Brodesstraße 25.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Lübeck. (9467)

**Verammlung** der Betriebsräte und Vertrauensleute des Deutschen Holzarbeiterverbandes am Freitag, dem 25. Nov. abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus

Die Tagesordnung wird in der Verammlung bekannt gemacht. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. Die Ortsverwaltung.

**Solange Vorrat reicht! Prima Kuchensirup** neu eingetroffen. **Carl Nicol.** Holsten-Drogerie, Reiferstraße 11. Fernruf 3679. (9460)

**Pelzgarituren** werd. modern u. bill. aufgearb. **D. Wagner,** (9446) Solstenstraße 8.

**Möbel** Betten, Speise-, Schlafstühle, Kissen. **Goldts Möbellager** Fischerstraße 25/27.

**J. Rönner** Uhrmacher, Schüsselbuden 11. **Ankauf** u. altem Gold und Silber zu höchsten Tagespreisen.

Frisch getaucherte **Sprotten** und **Bücklinge** (9477) **Paul Lohrmann,** Sundestr. 95.

**Fahrende Musikanten v. 1915** Hamburg. **Konzert-Abend** im **Gewerkschaftshaus** am Sonnabend, dem 25. November, 8 Uhr. Näheres durch Plakate. (9666)

**Gewerkschaftshaus** Morgen Freitag: **Großer Ball.** Damen Eintritt frei. (9448)

**Luisenlust** Jeden Freitag: **Ball.** Eintritt und Tanz frei. (9442)

**Achtung!** Massiv goldene **Trauringe** (ingenlos) kaufen Sie billigst im **Spezial-Geschäft** (9404) **C. Porté, Goldschmied** 26 Fleischhauerstr. 26

**Für alte Goldsachen** wird allerhöchster Preis gezahlt.

**Der Neue-Welt-Kalender für 1922** ist erschienen und zum Preise von 3 Mk. zu haben in der **Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.** („Lübeder Volksbote“), Johannisstr.

**SATYRIN** (gold u. silber), die neuen Hormon-Präparate für Männer und Frauen, vermitteln schnelle und nachhaltige Steigerung der **Energie, insbesondere der Nerven- u. Sexualkräfte.** Depot: St. Lorenz-Apotheke, Lübeck. Zahlreiche Anerkennungen. Originalpackung Mk. 40.— (9437) Akt.-Ges. Hormona, Düsseldorf-Grafenberg.

**Emser Pastillen** gegen Husten, Hämorrhoiden (9448)

**Der Pupp doktor** heilt jede Kranke Puppe. (9441) E. Herkel, Albst. 7A

**Freier Wasser-Port-Verband** in Lübeck. Zweck: Gründung eines **Rudergruppe** findet am Freitag, dem 25. ds. Mts., abends 8 Uhr im Arbeiter-Sportheim, Hundestr. 41 eine Verammlung statt. Alle Arbeiter-Rudervereiner sind eingeladen. (9472) Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.** Ortsverwaltung Lübeck. (9471)

**Versammlung** der **Roll- und Blutwagentischer** am Freitag, dem 25. Nov. abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: **Bericht der Lohnkommission**

**Versammlung** der **Castanienarbeiter** am Freitag, dem 25. Nov. nachm. 5 1/2 Uhr im Lokale „Friedrichshof“. Tagesordnung: **Bericht der Lohnkommission** Die Ortsverwaltung.

**Trocadero** Schüsselbuden 4. Tel. 787. (9436) Täglich ab abends 8 Uhr die beliebten **Weberus-Konzerte.**

**Hansatheater.** Heute Donnerstag, 7 1/2 Uhr abends, sowie Freitag (4. Vorstellung im Freitag-Abonn.) u. folgende Tage: (9454) **Die Tanzgräfin.** Sonntag, den 27. Nov. nachmittags 3 Uhr 1. Fremdenvorstellung zu halben Preisen: **„Ihre Hoheit — die Tänzerin“.** **Stadttheater Lübeck** Donnerstag, 24. Novbr., 7.30 U. Prinz Louis Ferdinand u. Braut. 15. Ab.-Vorst. Bst. C. Freitag, 25. Nov., 7.30 U. Mignon. (9451) 15. Ab.-Vorst. Bst. C. Sonnabend, 26. Nov. 7.30 Einmaliges Gastspiel des berühmten Tänzerpaars: **Magda Bauer** und **Irail Gadesov,** des genialen russischen Tänzers. Sonntag, 27. Nov., 2 U. 8. Vorstellung. f. d. Ab.-Bildungsverein **Margarete (Kant)** Einleitungsverlauf u. d. Theaterkasse. 7.30 Uhr: **Der Zerkowbadour.** **Koloffen-Konzerte.** Die Rückzahlung des für die eingegangenen Abonnementskonzerte zuviel gezahlten Beiträges erfolgt gegen Rückgabe der Ab.-Karten an der Theaterkasse.

**Arbeiter!** Herren, Jünglinge u. Knaben - Anzüge und Paletots, Arbeitshosen und Hosen (9478) läuft Ihr am besten bei **Oskar Peter** Glockengießerstr. 31.

**Frisch und Saftig!** Selten junges fettes **Rossfleisch** fr. ger. Mettwurst, Ge. beste u. Leberwurst **Fr. Kollmann,** Weststraße 8.

**+Magerkeit+** Schöne volle Körperformen durch unser **„Lip“** in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme Gewant. ungeschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Preis Sachtes mit Gebr. - Nam. 24. 15. - Postumsendung über Nachnahme. (9455) **Ärztliche Historie:** **Adler-Apotheke,** Markt 10. Weststr. 10.

**Die Befreiung des Konsumenten aus den Fesseln des Privatkapitals kann nur das Werk jedes einzelnen Konsumenten selbst sein.**

-----

Streife ab die Fessel und stelle Dich in Reih' und Glied der Verbrauchergenossenschaft, dem

**Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.**  
z. S. m. b. H.



## Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 24. November

### Konzertfeinde.

Die Bürgerschaft hat am 14. November debattelos und fast einstimmig auf Antrag des Senats beschlossen, dem Theaterdirektor für die von ihm außerhalb des Stadttheaters veranstalteten Konzerte eine Beihilfe von insgesamt 45.000 Mk. zu bewilligen. Es handelte sich dabei nicht um Konzerte, welche von der Theaterleitung veranstaltet werden, sondern um solche, die das Orchester über seine dienstliche Verpflichtung hinaus für die breiten Schichten der Bevölkerung gibt, die nicht imstande sind, für die Kunst große Mittel aufzubringen. Die Programme dieser Konzerte, die größtenteils im Gewerkschaftshaus stattfinden, sind selbstverständlich so gehalten, daß sie wertvolle Musikstücke verschiedener Art, neben ernstlichen Werken der Klassiker auch gute leichtere volkstümliche Kompositionen, bieten. Mit diesen jedermann zugänglichen Veranstaltungen wird ein schönes Stück Kulturarbeit geleistet, das allseitige Anerkennung und auch staatliche Unterstützung verdient. In den Spalten der „Lübeckischen Anzeigen“ suchen nun anonyme Arbeiterfeinde diese Konzerte herabzusetzen, ihre Unterstützung durch den Staat als Förderung der musikalischen Unterhaltung desjenigen Teiles der Bevölkerung zu verunglimpfen, der sich zurzeit im Besitz der politischen Macht befindet. Dabei bekommt auch der Theaterdirektor, der mit der ganzen Sache überhaupt nichts zu tun hat, gegen den sich aber gewisse unterirdische Treiber richten, einen kleinen Hieb verfehlt. Der ganze Anwurf des Amtsblattes entspricht durchaus dem Charakter jener Leute, die früher alle Bildungseinrichtungen als ihre Domäne zu betrachten gewohnt waren, die für alle möglichen Unterhaltungsveranstaltungen nach der Staatskasse langten und dener es stets ein Dorn im Auge war, wenn Arbeiter auch Anteil an den Kulturgütern forderten. Man sieht, die Herrschaften haben sich gar nicht geändert. Nun sie nicht mehr nach ihrem Gutdünken schalten und walten können, schimpfen sie, meist sie nach ihrer Meinung zu kurz kommen. Das wird das Orchester und die Sozialdemokratie nicht hindern, auch weiterhin wertvolle Kulturarbeit zu leisten. Erwähnt sei noch, daß die Kolosseumkonzerte eingestellt worden sind, weil sie bei denen, die jetzt gegen die Gewerkschaftshauskonzerte wettern, keinerlei nennenswertes Interesse fanden. Das sind die Kunstfreunde, die im Amtsblatt lamentieren!

### Verleumdung ist Trumpf.

Einem großen Koch ersehnen die Kommunisten überall her. Sie halten wie stets auch den jetzigen Zeitpunkt ungeheurer Not für geeignet, ihre dunklen Triebe ans Licht zu ziehen. Da dürfen auch die Lübecker Kommunisten nicht fehlen. Wir brauchen uns mit diesen Tatsachen gar nicht lange aufzuhalten, sie sind den einseitigen Arbeitern längst bekannt. Notwendig ist aber doch, hin und wieder in das kommunisten-wissenschaftliche Binne zu schauen, um zu zeigen, wie die Moskauer Theorie und Praxis auseinanderzuwischen verfehlen. Im speziellen Falle handelt es sich um den Streik auf dem Hochofenwerk, aus dem die hiesigen Kommunisten gern einen Generalkrieg herausbestillern möchten. Deshalb eifern sie gegen die Belegschaften anderer großer Werke und benutzen den ersten Vorfall, in die Arbeiterfront der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft einen Keil zu treiben resp. die sozialdemokratischen Führer zu verleunden. So läßt sich die Hamburger Volks-

zeitung von ihren hiesigen Schriftstellern mit Bezug auf die Differenzen vom Hochofenwerk schreiben:

„Bedauerlich ist nur, daß die Arbeiter der anderen Werke, die gegenwärtig fast sämtlich Forderungen auf Teuerungszulagen gestellt haben, es nicht verstanden haben, ihre Forderungen mit denen der Hochofenarbeiter zu verbinden und gemeinsam mit ihnen zu erkämpfen. So hat erst kürzlich die Gesamtbelegschaft der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft es abgelehnt, an alle Gewerkschaften Lübeds die Aufforderung zu richten, für die gesamte Industrie eine Teuerungszulage zu fordern und sie eventuell durch den Streik zu erkämpfen. Insbesondere war es der sozialdemokratische „Führer“ Knapp, der in der entscheidenden Betriebsversammlung die sich bildende Einheitsfront des Proletariats durch seine wirren, den Gipfel der Demagogie darstellenden Reden zerschlug. Die Ereignisse der nächsten Wochen werden die Arbeiter darüber belehren, wie verfehlt sie handelten, wenn sie sich von den Knapp und Genossen an der Nase herumführen lassen. Die Arbeiter werden begreifen, daß nur dann die Notlage, in der sie sich befinden, beseitigt werden kann, wenn sie geschlossen für ihre Sache eintreten, wenn sie gemeinsam kämpfen und gemeinsam siegen.“

Die Rahe mißt nicht schlecht, doch ihr sind die letzten Töne im Rehkopf stecken geblieben. Denn die Tonleiter wurde zuerst mit Hilfe der Kommunisten ganz anders aufgestellt. Die Geschichte lautet ganz anders. Als auf der 2. M. G. der Antrag angenommen wurde, zu versuchen, von der Direktion eine Wirtschaftsbefehle von 500 Mark zu erlangen, erklärten die Kommunisten, sie hätten gar nicht daran, diesen Antrag abzulehnen. Die Direktion verhielt sich ablehnend, worauf die Betriebsversammlung mit Einfluß der Kommunisten folgende Resolution einstimmig annahm:

„Die am 6. ds. Mtz. tagende Betriebsversammlung sämtlicher Arbeiter und Angestellten der 2. M. G. bedauert außerordentlich die ablehnende Antwort seitens der Direktion auf ihre Forderung betreffs einer einmaligen Unterstützung. Sie beauftragt den Betriebsrat, erneut Verhandlungen anzubahnen, um dem Wunsch der Belegschaft Rechnung zu tragen. Sollte sich wider Erwarten die Direktion unter gerechtem Forderung gegenüber ablehnend verhalten, so sieht sich die Belegschaft gezwungen, andere Maßnahmen zu ergreifen, deren Tragweite heute noch nicht abzuschätzen ist. Die Belegschaft ist aber fest entschlossen, alles auf sich zu nehmen, lehnt aber jede Verantwortung nunmehr ab. Der Betriebsrat der 2. M. G. Knapp.“

Daraufhin wurde mit der Direktion erneut verhandelt, woraufhin der Wirtschaftsbefehl ein Vorschlag angeboten wurde. Eine zweite Betriebsversammlung faßte zu diesem Angebot folgenden Beschluß:

Die heute am 18. November tagende Betriebsversammlung erklärt sich mit der Forderung eines Vorschusses seitens der Direktion einverstanden. Sie beauftragt aber den Betriebsrat, dafür Sorge zu tragen, die Direktion zu ersuchen, nach Möglichkeit bei Forderung der Bilanz den gewährten Vorschuss für die Belegschaft zu streichen. Sollte die Direktion dieser Forderung nicht nachkommen können, so ersucht die Belegschaft, daß der Abzug in kleinen Raten erfolge. Die Höhe des Abzuges soll 20 Mark nicht übersteigen. Auch soll der Abzug nicht vor dem 15. Januar 1922 erfolgen. Die Belegschaft beantragt einen Anrück wie folgt: Für Ledige 400 Mark, für Verheiratete 500 Mark und für jedes seiner Fürsorge unterstelltes Kind 50 Mark. Knapp.

Für diesen Beschluß traten die Kommunisten ebenfalls ein. Nachher kamen sie aber herbei und brachten eine Resolution ein, in der sie forderten, daß außer diesem Vorschuss noch Arbeitgeberbund eine Wirtschaftsbefehle auf genentraler Grundlage veranlaßt werde. Sollte diese abgelehnt werden, werde der Kampf angefangen. So sehen die Winkelzüge der Kommunisten in Wirklichkeit aus. Sie waren in der ersten Betriebsversammlung selbst dafür, daß nicht an die Unternehmerorganisation herangegangen werde, weil die Forderung doch abgelehnt werde. Dann bekennen sie sich, daß man ein Kampfmittel haben müsse und beackten wieder im anderen Wind.

Nebenbei sei noch bemerkt, es ist durch einwandfreie Zeugen festgestellt, daß darüber gesprochen wurde, den verhafteten Genossen

Knapp einmal tüchtig „abzureiben“. Dieses Mal soll Knapp aber so gesteckt werden, daß er daran denkt. Auch ein Zeichen kommunistischer Kampfesweise!

### Kommunistische „Taktik“.

Die „Hamburger Volkszeitung“ brachte am Dienstag einen Bericht über die Lübecker Bürgerschaftswahl. Nach einer sinnigen Betrachtung des Wahlergebnisses und einem ausführlichen Gehen des unabhägigen, jetzt zum Sowjetkern verwandelte Schema wird die Arbeit der kommunistischen Bürgerschaftsmitglieder in diesen Sätzen erläutert:

SPD. und KPD. zusammen haben in der neuen Bürgerschaft eine große Mehrheit. Der SPD. ist jetzt Gelegenheit geboten, eine im Interesse der freien Massen des werktätigen Volkes liegende Politik zu treiben. Sie wird Gelegenheit haben, die Bourgeoisie rückwärts zu treiben, mit Bürgerschaftsmitgliedern erhaltlich aufzuräumen. Die Kommunisten sind überzeugt davon, daß die Proletariermassen selbst in Aktion treten müssen, wenn die kapitalistische Anarchie bekämpft und beseitigt werden soll; sie sind überzeugt davon, daß nicht die Staats- und Stadtparlamente des bürgerlichen Staates, sondern allein die Räte der Arbeiter, Angestellten und Beamten eine Ordnung der Dinge schaffen können, die dem Interesse des Proletariats, d. h. der überwältigenden Mehrheit des Volkes entspricht. Trotzdem werden sie eine gegen die Bourgeoisie gerichtete, den Bedürfnissen des Proletariats entsprechende Politik der SPD. unterstützen, innerhalb und außerhalb der Bürgerschaft. Es wird sich, falls die SPD. eine solche Politik treiben will, bald herausstellen, daß die Bürgerschaft dazu nicht der Platz ist und daß der Weg beschritten werden muß, den die Kommunisten seit Jahr und Tag propagieren. Wir befürchten aber mit gutem Recht, daß die SPD. nicht in die Verlegenheit kommen wird, durch Abrechnung von Arbeiterinteressen den der Arbeiterklasse feindlichen Charakter der bürgerlichen Parlamente, des ganzen bürgerlichen Staates zu erkennen. Die SPD. wird auch in Lübeck sich recht bald wieder zusammenfinden mit ihren Freunden, den Demokraten, den Zentrumseuten und den Volksparteikern. Infolge unserer Genossen in der Bürgerschaft wird es sein, die SPD. zu zwingen, Farbe zu bekennen. Und wenn die SPD. veragt, dann werden auch die Arbeiter, die heute noch ehrfürchtig zu Alfred Dreger und der übrigen Götzen hinausehen, erkennen, daß an der Seite und unter Führung dieser Peute der Sozialismus nicht aufgebaut werden kann.

Es ist nichts Neues, was in diesem Kapitelabschnitt des Sowjetprogramms erzählt wird. Die kommunistischen Bürgerschaftsmitglieder werden hier wie anderwärts akrophreische, alle Tatsachen beiseite schiebende Politik zu treiben, um nachher in die Welt hinauszuschreiben zu können, die Sozialdemokratie treibe Arbeiterverrat. Sie sind überzeugt, daß nur die von Moskau diktierte Heilslehre ihnen von Nutzen und die Bürgerschaft nicht der Block für positive Taten ist. Wir haben bekanntlich eine andere Auffassung von parlamentarischer Tätigkeit und werden diese der Kommunisten unerbittlich sagen, damit sie nicht etwa glauben, wir hätten uns Hals über Kopf in moskowitzische Vorwürfen. Die Kommunisten sind die letzten, uns in die Irre zu führen und die Bekämpfung des Kapitalismus zu erleiden. Ihre russischen Diktatoren rufen in gerader auf dem Wege, um das Grokranital herbeizuladen und ihr Lenin erklärt selbst, daß es gar nichts schade, wenn der Kapitalismus aus den Knochen des russischen Volkes Hunderte von Proleten heraushole. Die Hauptrolle sei, daß dadurch ein Proletariat geschaffen werde. Für diese Art Kapitalkämpfung bedankt sich die deutsche Arbeiterklasse — auch wenn sich die neue kommunistische Fraktion noch so schlängelmäßig windet und von Verrat schreit.

### Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.

Die Betriebsbehörde, Abteilung Straßenbahn, hat dargelegt, daß die Lohn- und Gehaltserhöhung der Betriebsausgehenden der Lübecker Straßenbahn die Betriebsausgaben dieser Bahn weiter um rund 4.000.000 Mk. jährlich oder um rund 1.800.000 Mark für den Rest des laufenden Geschäftsjahres steigen werde. Ein Ausgleich der Mehrausgaben kann nur durch eine ent-

## Das Gemeindefind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

10. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Dem Pavel wäre es nur ein Spiel und zugleich ein wahres Genügen gewesen, die Guardia anzurennen und zu Boden zu schlagen, aber um Winkas willen und ihrer Angst vor einem Skandal verzichtete er auf diese Gräßlichkeit und ließ sich ruhig beim Krögen nehmen, was die beiden Alten zaghaft und ohne innere Ueberzeugung taten. Inzwischen wuchs ihnen der Kram bei der Widerstandslosigkeit, mit der Pavel sich in sein Schicksal ergab, und ein großer Stolz erwachte in ihnen, als sie den wilden Bubben, dem sie sonst von weitem auswichen, als Gefolgsmann durch das Dorf führten. Der Gärtner, der Jäger und Mordio harrte, bildete die Nachhut, und die Straßenjügend lief mit. „Was hat er getan?“ fragten die Leute. Er soll etwas erwürgt haben. . . . Was? weiß vorläufig niemand, aber das weiß man: Der kommt ins Zuchthaus wie die Mutter, der stirbt am Galgen wie der Vater. Kräfte erhoben sich drohend, Steine flohen und fehlten, aber Worte, schlimmer als Steine, trafen ihr Ziel. Pavel blinnte fed umher, und das Bewußtsein unauslöschlicher Hasses gegen seine Nebenmenschen labte und stärkte sein Herz.

Gelassen trat er in den Schlosshof und wurde sogleich ins Haus und in ein ebenerdiges Zimmer mit vergitterten Fenstern gebracht, dessen Tür man hinter ihm abperrte.

Es war eines der Gastzimmer, in dem Pavel sich befand, und seine Augen hatten, so lange sie offen standen, eine Pracht wie diejenige, die ihn hier umgab, nicht erlitten. Seidenzeug, grün schillernd wie Rachenaugen, hina an Fenstern und Türen in so reichen Falten, wie der neue Sonntagstod Winkas sie war, und mit demselben Stoff waren große und kleine Bänke, die Lehnen hatten, überzogen. An den Wänden befanden sich Bilder, das heißt eingerahmte, dunkelbraune Kleden, aus denen aus verschiedenen Stellen ein weißes Gesicht hervorschaummerte, eine fahle Totenhand zu winken schien. Ein großer Schrank war da, dem Altar in der Kirche sehr ähnlich, und am Fensterpfosten ein Spiegel, in dem Pavel sich sehen konnte in seiner ganzen lebensgroßen Zerknirschtheit. Als er hineinblinnte und dachte: „So bin ich?“ gewahrte er über seinem Kopf ein seltsames Ding. Ein klacker eiserner Räder schien's, aus dem goldene Arme hervorstapen, und der mit einem äckerst dünnen Seilchen an der Decke befestigt war. Pavel sprang sogleich davon und betrachtete das böse Ding mittraulich aus der Entfernung. Es schien keinen andern Zweck und auch keine andere Absicht zu haben, als auf die Leute, die so unvorsichtig waren, in sein Bereich zu treten, niederzuknallen und sie zu erschlagen.

Nach kurzer Zeit ließen sich Schritte auf dem Gange hören, die Tür wurde geöffnet, und die Baronin trat ein. Sie ging schweigend auf den Stuhl, war sehr gebeugt und blinzelte

fortwährend. Fast auf den Fersen folgte ihr, tief bekümmert, die spärlischen Haare so zerzaust, als hätte er eben in ihnen gewühlt — der Schulmeister. Seit ungeschicktes fahriges Benehmen fiel soar dem schlechten Beobachter Pavel auf.

„Wohin helien Sie Gnadn sich zu gehen?“ fragte der Alte, schob dienstfertig umher und rüdte die Sessel auseinander, um der Frau Baronin den Ueberblick und somit die Wahl zu erleichtern.

„Lassen Sie's auf sein, Schullehrer.“ sagte sie ärgerlich, nahm gerade unter dem Kronleuchter mit dem Rücken gegen die Fenster Platz, legte den Stod auf ihren Schoß und gab Pavel Befehl, näher zu treten.

Er gehorchte. Der Lehrer jedoch stellte sich hinter den Sessel der gnädigen Frau, und über ihren Kopf hinweg bedrohte er abwechselnd den Delinquenten mit Blicken des Ingrimms oder suchte ihn durch Miene, die tiefste Wehmut ausdrückten, zu erschüttern und zu rühren.

Die Baronin hielt die Hand wie einen Schirm an die Stirn und sprach, ihre rotgeränderten Augen zu Pavel erheben: „Du bist größer geworden, ein großer Schlingel. Als ich dich zum letztenmal gesehen habe, warst du noch ein kleiner. Wie alt bist du?“

„Sechzehn Jahre.“ erwiderte er zerkürrt. Das eiserne Ding an der dünnen Schnur nahm seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch. Im Geiste sah er's herunterfallen und die Frau Baronin auf ihrem Richterstuhl zu einem flachen Kuchen zusammenpressen.

Diese nahm wieder das Wort: „Schau nicht in die Luft, schau mich an, wenn du mit mir redest. . . . Sechzehn Jahre. . . . Vor drei Jahren hast du mit mir meine Kirchen gestohlen, heute erwürgst du mir meinen guten Pfau, der mir, das weiß Gott, lieber war, als mancher Mensch.“

Der Lehrer erhob seine flehend gefalteten Hände und gab dem Burschen ein Zeichen, diese Gebärde nachzuahmen. Pavel ließ sich aber nicht dazu herbei.

„Warum hast du das getan?“ fuhr die Baronin fort. „Antwort!“

Pavel schmiege, und der alten Frau schob das Blut ins Gesicht. Erregter Lones wiederholte sie ihre Frage.

Der Junge schüttelte den Kopf, aus seinem dichten Haargestrüpp hernor glitt sein Blick über die Zürrende, und ein leises Lächeln kräufelte sein Lippen.

Da wurde die Greifin vom Zorn übermann.

„Grecher Bursch!“ rief sie, griff nach ihrem Stod und gab ihm damit einen Streich auf jede Schulter.

Nun ja, dachte Pavel, wider Prügel, immer Prügel. . . . und er richtete einen stillen Stohleufzug an das eiserne Ding: Wenn du hoch herunterfallen, wenn du ihr doch auf den Kopf fallen möchtest!

Habrecht machte hinter dem Rücken der Baronin ein Kompliment, in dem sich Anerkennung aussprach: „Guer Gnaden

haben dem Solub Pavel eine spürbare Zuchtweisung gegeben.“ bemerkte er. „Das war gut; eine sehr gute Vorbereitung zum Verhör, das ich jetzt mit Guer Gnaden Erlaubnis vornehmen will.“

Der alten Frau war nach ihrer Gewalttat nicht wohl zumute. Sie hatte ihren Zorn auf einmal ausgezehnt und lag nun im Bang eines leidigen Gefühls, einer grämlichen, sentimentalen Entrüstung. „Was ist da zu verfahren?“ sprach sie: „der schlimme Bub hat mir meinen Pfau erwürgt und will nicht sagen, warum, weil er sonst loar müde: aus Bosheit.“

„So ist es! o gewiß!“ bestätigte der Lehrer. „Dem armen Pfau fehlten, als man ihn tot auffand, seine letzten Schwanzfedern, die hat der schlechte Bub ihm gewiß ausgerupft — aus Bosheit.“

„Das ist nun wieder albern, Schulmeister!“ fiel die Baronin ärgerlich ein. „Wenn der Junge — wie schon viele andere dummen Jungen vor ihm — meinem armen Pfau nur Federn ausgerupft hätte, wäre das noch kein Zeichen von Bosheit. Dummeheit wäre es gewesen und Dieberei.“

„O wie wahr!“ entgegnete Habrecht. „Dummheit und Dieberei. So ist es und nicht anders, Guer Gnaden.“

„Ist es so? wer weiß es?“

„Ganz recht, wer. . . außer — Guer Gnaden, die soviel Licht in die Sache gebracht haben. Federn ausrupfen? Et, et, et! Um Federn war's dem Buben zu tun; dadurch hat er den Pfau bereit und einen Kampf hervorgerufen, in dem das gute Tier gefallen ist.“

Wie der Rahe Odins an das Ohr des Gottes, so trat sich Habrecht an das Ohr der Baronin und flüsterte: „Nicht ohne an dem Feind Spuren seiner Tapferkeit zu hinterlassen. Geruhen sich zu überzeugen, die Stirn des Buben ist zerhackt und voll Blut.“

„So? Ja — mir scheint so.“

„Sprich, Solub Pavel!“ rief der Lehrer, sich wieder aufrichtend, „entschuldige dich. Am die Federn war's dir dummen Jungen zu tun, eine böse Absicht hast du nicht gehabt.“

„Soviel!“ befahl auch die Baronin. „Sag dich jemand zum Raub der Federn angeiffet? Denn im Grund“ kette sie nach kurzer Ueberlegung hinzu, „was sollst du mit ihnen?“

„Kreißlich, was? ein solcher Bettler mit Pfauenfedern. . . .“

Jedesmal, wenn das Wort „Federn“ ausgesprochen wurde, überließ es den Burschen: als ihm aber der Lehrer nun mit der bestimmten Frage zu Leibe ging: „Wer hat dich angeiffet? war's nicht die laubere Winkas?“ da überkam ihn eine Todesangst vor den schimmernden Können, die dieser Verdacht für die Tochter des Hirten haben könnte, und so entließ ihn, ihn abzuwenden, sprach er mit dumpfer Stimme: „Es hat mich niemand angeiffet; ich hab's aus Rosheit getan.“

Die Baronin hielt ihren Stod heftig gegen den Boden und erhob sich: „Da haben Sie's.“ sprach sie zum Schullehrer, „da hören Sie ihn. . . . den geben Sie auf, der ist verloren.“

(Fortsetzung folgt.)



Entsprechende Erhöhung der Fahrpreise erreicht werden. Bei den Berechnungen sei berücksichtigt worden, daß die Preise für die längeren Strecken etwas mehr zu erhöhen seien, als die der kürzeren Strecken, weil jene bei den letzten Tarifserhöhungen, prozentual gerechnet, wesentlich bevorzugt worden seien. Auch bei den Schülerfahrtscheinen müsse diesmal eine mäßige Erhöhung — von 50 Pfg. auf 60 Pfg. je Schein — vorgenommen werden. Hinsichtlich des Abendzuschlages werde empfohlen, von 9 Uhr abends ab für Fahrtscheine über 2 oder 3 Zonen einen Fahrpreis von 2 Mk. und für alle übrigen einen solchen von 3 Mk. zu erheben. Hierdurch werde gleichfalls eine nicht unwesentliche Vereinfachung sowohl für die Schaffner und die Fahrgäste, als auch für die Verwaltung der Straßenbahn erreicht.

Der Senat stellt daher zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft, daß zur Deckung der durch die Erhöhung der Preise der Betriebsangehörigen der Lübecker Straßenbahn entstehenden Mehrausgaben der gegenwärtige Straßenbahntarif folgende Fassung erhalte:

- Es sind zu zahlen für Einzelfahrtscheine:
  - gültig für 2 Zonen . . . . . 1,20
  - „ „ 3 „ „ „ „ „ „ 1,50
  - „ „ 4 „ „ „ „ „ „ 2,—
  - „ „ 5 „ „ „ „ „ „ 2,50
  - „ „ 7 und mehr Zonen . . . . . 3,—
- Der Preis für Monatskarten, nur gültig an Werktagen, beträgt:
  - a) für 2 Zonen bei zweimaliger Fahrt . . . . . 50
  - „ 3 „ „ „ „ „ „ 60
  - „ 4 „ „ „ „ „ „ 80
  - „ 6 und mehr Zonen bei zweimaliger Fahrt . . . . . 100
  - b) für 2 Zonen bei viermaliger Fahrt . . . . . 95
  - „ 3 „ „ „ „ „ „ 115
  - „ 4 „ „ „ „ „ „ 155
  - „ 7 und mehr Zonen bei viermaliger Fahrt . . . . . 195
- Für Beförderung in Sonderwagen, für Beförderung von Postkutschern und Zeitungen und für sonstige Transporte wird auf die bisherigen Gebühren ein entsprechender Aufschlag erhoben.
- Der Preis für einen Schülerfahrtschein ohne Zonenbegrenzung beträgt 60 Pfg., mithin für ein Bündel zu 15 Stück 9 Mark.
- Auf allen Straßenbahnwagen sind von 9 Uhr abends ab für Fahrtscheine über 2 oder 3 Zonen . . . . . 2 Mk. für Fahrtscheine über 4 oder mehr Zonen . . . . . 3 „ zu zahlen. Dementsprechend sind bei der Benutzung von Bündelfahrtscheinen zwei solche in Zahlung zu geben. Auf Monatskarten wird ein Abendzuschlag nicht erhoben.
- Gepäckstücke und Hunde sind nach dem Personentarif (Ziffern 1 und 5) abzufertigen.

**Arbeiten des Volksmagazins.** Durch Rat- und Bürgerbeschluß vom 23. Mai 1921 ist der Baubehörde für den Ausbau des Volksmagazins zu einem Polizeidienstgebäude, wiewohl unter einstweiliger Abtandnahme von der Ausführung eines Anbaues zwischen dem Volksmagazin und dem Dom, der Betrag von 1.294.000 Mark aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt. Unter dem 16. September d. J. hat nunmehr die Baubehörde unter Überreichung zweier Pläne und eines Kostenanschlages des Baurats Brief vom gleichen Tage die Bewilligung von 2.410.000 Mk. für die Herstellung eines Anbaues am Südende des Volksmagazins beantragt. Der Denkmalsrat hat nach dem anliegenden Gutachten vom 14. Oktober d. J. dem Entwurf zugestimmt. Einem Antrage der Baubehörde folgend, stellt der Senat einen dementsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft.

**Ein neugewähltes Bürgerchaftsmitglied gestorben.** Wie der „Genuss“ berichtet, ist im katholischen Krankenhaus am Dienstag abend nach kurzer Krankheit der Ingenieur Herr Karl Fiedl verstorben. Er gehörte zu denjenigen Mitgliedern der Bürgerchaft, die am 13. November neu gewählt worden sind. Der Frau Grundbesitzerverein hatte ihn dazu berufen. An seine Stelle tritt Herr Lagermeister Witzsch.

**Von der Schiffahrt.** Neus Fischkutter. Auf dem Dampfschiff „Neus“ in Hamburg sind für die Lübecker Hochseefischer: Keeserei Trape 3 Fischdampfer zum Bau in Auftrag gegeben. Hierzu sind die Kurier „Dollendor“ und „Mühlentor“ bereits an die Reederei abgeliefert und auch auf dem Fang gewesen. Der Kurier „Wurgdor“ ist joweil fertig, daß er nächstens zur Ablieferung kommt. Die Kurier haben sich gut bewährt. Die Schiffe sind mit neukonstruierten Scherbretern ausgerüstet, die sich ebenfalls sehr gut bewährt

haben. — Ein Segler untergegangen, zwei Mann ertrunken. Der deutsche Segler „Maris“, der in Elisabethsehn beheimatet war, ist auf der Reise von seinem Heimatshafen nach Ropenhagen auf der Ostsee leck geworden und gesunken. Von der aus vier Mann bestehenden Besatzung konnten zwei Mann sich auf Wackelbrettern retten. Sie sind auf diesen Umständen längere Zeit umhergetrieben, bis sie total erschöpft und fast erfroren durch die Befragung eines Schiffes gerettet werden konnten. Leider sind die beiden andern ertrunken. — Für Schiffsführer. Nach einer hier eingetroffenen Meldung ist der Verkehr in den nordfinnischen Häfen wegen eingetretener Kälte und Eisbesatzung nicht mehr möglich. Der Frost hat die Schiffe in den Häfen der nördlichen Ostsee bereits gezwungen, das Laden zu unterbrechen und so schnell wie möglich diese Häfen zu verlassen, um dem Eis zu entgehen.

**29 Jahre im Irrenhaus.** Dieser Tage wurde Herr Eduard Brunl aus der Heilanstalt Strecknitz entlassen, nachdem er über 29 Jahre in den Lübecker Heilanstalten zugebracht hatte. Wie Herr Brunl uns mitteilt, beabsichtigt er seine Erlebnisse niederzuschreiben.

## Aus dem Lübecker Rettungshaus.

### In Ketten geschlossene Jüglinge.

Am Mittwoch begannen vor der hiesigen Strafkammer die Verhandlungen gegen den früheren Hausvater des Rettungshauses bei den Fischerhuden namens Eid. Die Verhandlungen werden voraussichtlich mehrere Tage dauern, da außer 2 Sachverständigen nicht weniger als rund 70 Zeugen, darunter mehrere frühere Jüglinge, geladen sind. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Dr. Wittern übernommen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Driever. Die Anklage lautet auf Körperverletzung. Dem Beschuldigten wird zur Last gelegt, daß er fortgesetzt ihm anvertraute Jüglinge vorzüglich mißhandelt und seine Berufspflicht überschritten hat.

### Die Vernehmung des Angeklagten.

Dieser erklärte zunächst, daß er früher schon ähnliche Anstalten geleitet und dort Ordnung geschaffen habe. Als Eid 1902 nach Lübeck kam, will er die Anstalt in völlig verwahrlostem Zustande vorgefunden haben. Auch hier hat er dann angeblich durch zeitweilige Anwendung der körperlichen Züchtigung Ordnung geschaffen. Gleichzeitig will er auch eine bessere Ernährung eingeführt haben. Die Anstalt war zeitweise mit 70 Jünglingen besetzt; durchweg aber waren weit weniger dort untergebracht. Anweisungen über das Züchtigungsrecht will er nicht erhalten haben. Die Züchtigungen sind auch nicht, wie in den meisten Anstalten ähnlicher Art, in ein Buch eingetragen worden.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten nun die einzelnen Fälle vor, bei denen eine Überschreitung des Züchtigungsrechtes vorliegen soll. Wz.: Der Jügling J. soll wiederholt schwer geschlagen worden sein. Er floh, wurde wieder ergriffen, an Händen und Füßen gefesselt, über eine Bank gelegt und ist dann angeblich mit 4 Stößen geschlagen worden. — Angeklagter: Ich habe nicht übermäßig geschlagen, aber solange gezwungen, bis der Eigenwille gebrochen, oder der Zweck erreicht war. Die Hände wurden gefesselt, um sie vor Schlägen zu schützen. Die Zahl der Schläge kann ich nicht angeben. Der Angeklagte erklärt ferner auf Befragen des Vorsitzenden, daß er mitunter bei der Bestrafung den Kopf ausgezogen und seine Hemdärmel hochgeschlagen habe. — Wz.: Der Jügling D. ist geflohen und soll u. a. mit der Hundepeitsche auf die Hände geschlagen und in Ketten gelegt worden sein. — Ang.: Die Schläge mit der Hundepeitsche waren nicht gefährlich. Um die Flucht zu verhindern, ist D. an den Füßen mit Ketten gefesselt worden. Die Fesselung war so, daß ein halber Schritt gemacht werden konnte. Nachts sollten die Fesseln abgenommen werden. Ob das immer geschah, ist, kann der Angeklagte nicht sagen. Drei Wochen habe die Fesselung nicht gedauert. Der Beschuldigte beruft sich auf andere Anstalten, in denen auch Fesselungen vorgenommen sein sollen. — Wz.: Der Jügling S. soll 49 Stockhiebe erhalten haben, wie andere Knaben gezählt haben wollen. Diesen soll verboten worden sein, die Schläge zu zählen, da sie sonst die gleiche Anzahl erhalten würden. — Der Angeklagte bestreitet diese Beschuldigungen. — Wz.: Der Jügling R. soll wegen seiner Flucht übermäßig geschlagen und monatelang auch bei der Arbeit Ketten getragen haben, so daß die Füße wund geschmerzt waren. — Angeklagter: Monatelang hat niemand Ketten getragen. Sie konnten nicht schmerzen, da die Füße mit einem Tuch umwickelt wurden.

er hatte oft wunde Füße. Auch bei der Arbeit wurden die Ketten getragen. — Wz.: Der Jügling S. soll ebenfalls monatelang Ketten getragen haben. — Angekl.: Nein. — Mehrfache Vorhaltungen werden dem Angeklagten noch bei weiteren 15 Jünglingen gemacht. Einige davon sollen ebenfalls Ketten getragen und hart gezwungen worden sein. Einer sogar mit 90 bis 100 Stockhieben. — Der Angeklagte will in allen diesen Fällen sein Züchtigungsrecht nicht überschritten haben. Es sollen Kinder, resp. Burschen gewesen sein, die nicht anders zu erziehen waren. Die meisten Jüglinge, so erklärte ferner der Angeklagte, hätten ohne Prügel die Anstalt verlassen. Es sei oft mehrere Male hindurch nicht geschlagen worden. Ohne Schläge sei aber nicht auszukommen gewesen.

Die Vorherrschaft hat hin und wieder Revisionen vorgenommen. Am häufigsten ist der verstorbene Pastor Beder dort gewesen. Er soll auch Jüglinge mit Ketten gesehen, aber keinen Einwand erhoben haben. Eine Kette liegt dem Gericht vor, doch sollen die Ketten, die zur Fesselung verwendet wurden, nicht so hart und schwer gewesen sein. Die Ketten mit den Fußschellen sind aber nicht mehr aufzufinden. Ein Mitglied des Soldatenrates, das gleich nach der Revolutionszeit eine Revision vornahm, hat alles in Ordnung befunden. Der Angeklagte behauptet ferner, daß er durchweg nur 3 bis 4 Hiebe ausgezählt habe und im Wiederholungsfall höchstens 20! — Prof. Dr. Pauli, der als Sachverständiger der Verhandlung beiwohnt und als Arzt in der Anstalt tätig war, hat nichts von Ketten gesehen. Fußverletzungen hat er zwar festgestellt, doch ist nie gesagt worden, daß sie durch Ketten tragen erfolgt seien. — Der Beschuldigte will zunächst durch Ermahnungen und gütliches Zureden auf die Jüglinge eingewirkt und nur zur Züchtigung geschritten sein, wenn die anderen Mittel versagten. Er betont, daß in allen derartigen Anstalten Schläge ausgezählt wurden.

Der Vorsitzende verliest Anweisungen über die Anwendung der Prügelstrafe aus anderen Anstalten. In Berlin sind bis 10 Hiebe auf das Gesicht zulässig. Die Züchtigung muß im Strafbuch eingetragen werden. Ohrfeigen sind verboten. Im Jahre 1919 ist diese Bestrafung abgeschafft worden. In Kisdling ist der Anstaltsarzt bei schwerer körperlicher Züchtigung vorher zu hören. In Hamburg dürfen nicht mehr als 15 Schläge verabfolgt werden. Doch ist seit Jahren solche Strafe nicht mehr vollzogen worden. — Der Beschuldigte erklärte noch, daß durch ein Mitglied des Jugendamtes, der Leiter der Anstalt werden wollte, die Sache gegen ihn anhängig gemacht worden sei.

### Die Zeugenvernehmung.

Zunächst wird die Vorherrschaft der Anstalt vernommen. Dr. Lienau hat großes Vertrauen zu dem Angeklagten gehabt und nicht geglaubt, daß er sein Züchtigungsrecht überschreiten würde. Anweisungen über Züchtigungsrecht sind nicht erteilt worden. Revisionen sind wiederholt angemeldet und unangemeldet vorgenommen worden. Daß bei einer Züchtigung dem Jügling die Hände zusammengebunden würden, hat er von dem verstorbenen Pastor Beder gehört. Dagegen hat der Zeuge von Fesselung mit Ketten nichts gesehen. Die Ernährung war nicht schlechter als in der Stadt. Beschwerden sind ihm nie zu Ohren gekommen. Als ihm dann später Klagen überbracht wurden, hat Schulrat Heide diese als unbegründet angesehen. Der Zeuge hat aber das Jugendamt aufgefordert, die Sache zu untersuchen. Das Resultat der Untersuchung führte dann zur Anklage gegen den Hausvater. — Frau Pastor Beder hat die Anstalt hin und wieder besucht und einen guten Eindruck von den dortigen Verhältnissen und dem Angeklagten erhalten. Daß Ketten verwendet wurden, hat sie von ihrem Manne gehört. — Zeuge Pastor Boelke weiß wohl, daß Schärfe gekostet wurde, aber von Fesselungen mit Ketten hat er nichts gesehen. — Kaufmann Lau hat erst später von den Fesselungen etwas erfahren.

Alsdann werden einige frühere Jüglinge der Anstalt vernommen. Zeuge T. ist geflohen und nachdem mit einem Rohrstock und mit einer Hundepeitsche schwer geschlagen worden. Eid war wohl freundlich, dagegen aber war die Behandlung und die Ernährung schlecht. Er hat 4 Wochen Ketten getragen und damit arbeiten und schlafen müssen. Die Kette war so kurz, daß er nur einen kleinen Schritt machen konnte. Sie ist ihm von dem Sohne des Angeklagten angelegt worden. Vorher wurde er wegen seiner Flucht drei Tage im Karzer eingesperrt. Er hat gesehen, daß auch andere Jüglinge wochenlang Ketten getragen. — Der Angeklagte behauptet, daß 3 bis 4 Jüglinge in Ketten gingen, die aber nachts abgenommen werden sollten. — Jügling S. ist sechsmal geflohen und ist das erste Mal nicht mit Schlägen bestraft worden. Dann aber wurde er übermäßig hart geschlagen. Er will etwa 6 Personen in Ketten gesehen haben. Einigen waren die Füße wund geschmerzt. — Jügling R. ist wegen Flucht schwer geschlagen und in Ketten ge-

## Peregrina.

Von Alfons Bessold.

Die Sterne standen um den Mondhahn wie kleine Sonnen auf dem sommerlichen Nachthimmel, der wie aus tiefblauem Mattglas geformt schien, hinter dem ein kühles Feuer brennt.

Ein Traum aus den Sternen und verbrannte den Schlaf der Tiere und Menschen zu einer schweratmenden Unruhe, aus der viele Sünde, Wut, mancher böse Tat aufstand.

Ein unerklärliches Zittern überliefen zahlloser Stimmen rauschte aus dem in halber Dunkelheit hingelassenen Dorfe, rauschte immerzu, wie Woge auf Woge über die Felder, den schwarzen Bergmannern zu.

Stimmen aus Stuben und Ställen, aus Tische und Höhle, aus Erde und Stein, Holz und Eisen, mit unheimlichen Klängen gerannt, mit unheimlichen Klängen geklammert, zogen über dem schmerzlichen Wachen der Menschen dahin und ließen sie aufhorchen, ein Kreuz schlagen, heimlich aufstehen oder vor Gram und Angst in das große Bett hinaufbeugen.

Auch Dominik, der Kalbrenner, konnte in dieser Nacht keinen Schlaf finden, soviel er sich auch mühte.

Schon seit dem Beginn der ihm länglich zugewiesenen Nachtruhe war er seinen von schwerer Arbeit und mangelhafter Kammergeräusche Körper auf dem graubraunen Bezug seines Bettes hin und her, bis zuletzt das qualende Gefühl in ihn drang, er läge auf einem feurigen Klotz. Jeder Muskel brütete wie ein glühendes Kohlenstück, seine inneren Organe schienen zu hohen anzufangen und seine einsame Stube wandelte sich zu einer riesigen Straßenszene.

Sol der Teufel dieses Herumnähens. Vielleicht irgendwann eine Pfeife Tabak einem den Schlaf in die Augen, die so wach waren, wie keine Glieder schliefen.

Und diese Müdigkeit, in der eines reichen Herrn Nacht über ihn zum Abend kam, zwang ihn, den schon halberhöhen, doch wieder auf das Lager hin. Sein Entschluß, anzugehen, ließ in einem Seufzen und die schwermütigen Hände richteten sich zum fernstehenden Kiste das heiße Kissen unter dem Haupte, während die Füße die auf ihnen wie ein Stein lastende Decke ganz zur Seite schoben.

Schmerzhaft war sein Inneres jeglichem, auch dem leisesten Geräusch angesetzt. So ward ihm das Liden seiner alten Leibeswunde unerbittlich und er langte mit der Hand auf den Kopf neben sich, wo sie lag, und stellte sie ab. Nun war es ihm aber, als hätte er eine Tür aufgemacht. Ja, er sah sie sogar vor sich, zu dem verheerenden Geruch des kalten Mondes stand sie halb offen vor ihm auf. Aus von der Zeit angefeuertem Holze war sie, mit starkem Eisenbeschlag, das aus ihr, oberhalb der Bodenlinie, zu einem Kreuz zusammenwuchs, das vielen andern Kreuzen hinter sich zurückließ.

Er erkannte in ihr das Tor des Friedhofs. Nun hatte er das gruseligste Gefühl, ein Grabhügel zu sein, mit dem Tod in sich, den lebendigen Wärmern und der knurrenden Erde.

Und das Tor ging noch weiter auf und heraus traten seine vor Jahr und Tag verstorbenen liebsten Menschen seines Lebens, seine Frau mit ihrem ein paar Jahre alten Tochterlein. Sie knieten vor dem Grabhügel nieder, küßten ihn, streichelten seinen struppigen Kragen und weinten sehr.

Jemandem pfiff eine Maus. Mit einem Schrei warf sich Dominik auf. Der Spuk war verschwunden. Aber den Kalbrenner konnte das Bleigewicht in seinen Füßen nicht mehr halten. Er sprang vollends auf, tappte sich zitternd durch die Stube zu dem Pfeifenbrett hin, nahm sich die mit dem größten Bauche herab und begab sich mit schwerem Rücken zu dem Fenster, um im flitzenden Siemenlicht die Pfeife zu stopfen und anzuzünden.

Dann ließ er ungeschickt wie ein verkehrtes Kind den Kiesel zurüd und die Fensterflügel auf.

Kalbrenner beugte er sich über das schmale Gestirn. Dabei hatte er das Gefühl, als stiehe er mit dem Tabakrauch in die Nacht und verfliehe sich vor dem Innern seiner Stube hinter einem Baum.

Aus Schweigen gemauert, blauschwarz in einer einzigen Mauer, hob sich der Waldwald beinahe bis an den Holzraum des Kalbrennerhäuschens heran. Dominik, dem heute alles lebendig schien, von menschlichen Regungen erfüllt, verneinte das Knacken der Jannlatten unter dem Fuß vorstehenden Walde zu hören.

Aus dessen brütendem Boden hauchte es ihm schwer und heiß ins Gesicht. Er mußte an die böse Stunde denken, da er kein sterbendes Weib im Krankenhaus der Kreisstadt besuchte. Da war ihm an der Tür der gleiche schwarze erschlaffte Atem entgegengekommen, aus den Mäandern stehender Frauen. Und es fiel ihm auch sein Kalb ein. Der spie denselben Dunst aus, wenn er im Bett lag.

Vielleicht war das überall so, wo etwas in Höhe sank, zu sterben begann nach einem Leben voll Feuer . . .

Wer weiß, ob in dieser Nacht der Wald hier nicht auch sterben mußte!

Dominik wurde zu einem einzigen Ohr, das über einen Sterbenden gebengt nach dem letzten Köcheln sah.

Er hing im Rahmen des Fensters und rührte sich nicht. O, er mußte es bestimmt, mit diesen Bäumen vor ihm ging Kalebrenner, sein Weib, nochmals dem Tode zu, und sein Kind auch. Ueberhaupt alles, was seit Beginn der Welt geboren war.

Wärden von des Todes Eingabe! Wir sterben unzählige Male, aber die ganze Welt hin, ewig! Ueberhaupt gab es denn ein ewiges Leben? Nein, aber ein ewiges Sterben! Immerfort sterb alles: die Sterne, die Bäume, die Steine, die Menschen. — Um was es, als wüßten ihm mit diesem Erntemas Jügel, die Luft grünen und ihn hinaushoben aber keinen Schmerz, keine Sehnsucht . . .

Das Häuschen hinter ihm mit allen freundlichen und finstern Tagen, die es bis nun beherbergte, löste sich zu flimmerndem Sternstaub. Er selbst schwebte aus diesem Dämmer einem gang

Dunkeln zu. Er wußte, ging er in dieses Stille Tiefnacht ein, war er tot, des größten Glückes Besitzer.

Aber soviel er sich auch mühte, er kam nicht aus des dämmernden Lichtes Kreis.

Noch einen letzten Hohn fand er in sich für seine sterbende Seele. Klar, es gibt ja keinen Tod, nur ein Sterben!

Und dennoch zogen spannende Flügel an ihm, slog er.

Aus dem Wald, aus dunkelblauem Geheimnis stieg ein Stimmlein auf; es jagte sich über das kurze Wiesentüdel dem Häuschen Dominiks zu, wie ein Schmetterling, der nach Blumen ein Feld absucht.

Der Kalbrenner fiel in eine unermeßliche Stille, darin nun dieses Stimmlein war. Er horchte sich aus seinem Leben, aus seinem Fluge heraus und fühlte wieder Füße, die ihn zu der Stelle bringen konnten, moher der süße Ton entstrang.

Und es war inniger hörbar. Es gurrte leise, wie ein Täubchen, das sich wohl und warm in einem Neste findet oder in der Hand eines guten Menschen, dann aber nahm es eine rundliche Lieblichkeit an, daß Dominik an ein Kind denken mußte, das auf einmal in der Wiege gelegen, die er gezimmert hatte, an sein Kindlein, daß seine Augen, seine Ohren, sein Mund verloren hatte, aber nicht sein Herz, darin es noch sang, nach Märchen verlangte und den Vater liebte.

Alsobald stand er nicht mehr in der Stube. Er glitt unfähig leicht, wie ein Strahl über die Wiese. In kürzester Zeit streichelte seinen Körper Zweige von Strauch und Baum.

Das Kinderstimmlein war erlöst zum Gesang eines Mädchens mit blondem Haar und Glodenblumenaugen. Silbern regnete es hind in des Kalbrenners Ohr:

„Dominik — Dominik!“

Immer dichter und höher strömten Büsche und Bäume an ihm vorbei. Alle Nachtigallen waren laut geworden. Sie schmetterten laut zu den Sternen auf, die vom Himmel in die Aeste gefallen waren und wie Gloden Wiberhall gaben.

Da lag der Mond vor ihm. Eine Scheibe Gold, riesengroß an der Stelle, wo, wie Dominik wußte, noch vor einigen Stunden ein See gewesen war. Und mitten in der goldenen Fläche stand ein Mädchen, dem jungfräulichen Alter nahe. Vom Scheitel fiel ihm goldenes Haar und die Augen leuchteten klar und blau.

Es war sein verstorbenes Kind, im Hause des Todes, das in der Ewigkeit steht, zur Jungfrau herangewachsen.

Da jubelte er: „Peregrina, Du lebst!“

Und von ihrem Munde klang es zurück: „Du sollst auch leben, Vater, komm!“

Er fühlte sich von der Hand seiner Tochter in den gelben Kreis des Mondes gezogen. Alles Jücher schwand im Nu aus seinem Körper. Kühl überwogte es ihn. Es war Peregrinas feidiges Haar. Dominik griff nach seiner Tabatspfeife. Er fühlte sie und schlief sanft, das Haupt in den Schoß der Tochter gebettet, ein.

Einige Tage später fanden Fischer im Waldsee die Leiche des Kalbrenners. —



legt worden. Die Schläge waren so stark, daß er nicht aufstehen konnte. Zeuge hat das Schloß der Kette mit einem Stein zertrümmert und ist dann wieder geflohen. Er wurde auf der Chaussee eingekerkert, vom Aufseher an der Kette des einen Fußes zu Boden gerissen. Dann wurde er mit einem Spatzenhock über Kopf und Rücken geschlagen. Nachts sind die Ketten von einem Fuß gelöst worden. — Jüngling R. hat wegen Diebstahls einer Wurzel 15 Schläge mit der Hundepeitsche auf die Hand erhalten. Zeuge glaubt, daß die Strafe berechtigt war. Andere seien aber übermäßig geschlagen worden. Einer der mit 4 Weidenruten solange geschlagen wurde, bis sie zerbrachen, konnte nicht sitzen und nicht stehen. In Ketten hat er etwa 3 Jünglinge gesehen. Infolge der Fesselung soll es nicht nur wunden Füße, sondern sogar verwitterte gegeben haben. — Jüngling S. verbüßt wegen Diebstahls gegenwärtig eine Zuchthausstrafe. Er ist mehrfach geflohen, dann mit einem Strang gefesselt worden, den er durchschnitt und wieder floh. Darauf wurde er an Händen und Füßen gefesselt, von einigen Personen festgehalten und vom Hausvater so geschlagen, daß ihm das Blut an den Beinen herunterlief. Auch ist er an Händen und Füßen gefesselt in den Karzer geworfen worden, wo er eine Nacht liegen mußte. Die letzte Bestrafung ist ohne Kenntnis des Angeklagten durch dessen Sohn erfolgt. Er zeigte dem Gericht seine Füße, die noch Spuren der Fesselung aufwiesen. Im allgemeinen sei das Essen schlecht gewesen und die Prügel zu stark. — Ein anderer Jüngling erklärt, daß die Behandlung gut war. Daß mehrere Ketten trugen, hat er gesehen. — Jüngling A. ist fünfmal fortgelaufen. Er will lieber im Gefängnis sein, als in der Anstalt. (Der Zeuge verbüßt gegenwärtig eine Gefängnisstrafe.) A. will wegen Hunger ausgerückt sein. Die Hände seien einigen mit der Hundepeitsche so blutig geschlagen worden, daß sie den Spaten bei der Arbeit nicht halten konnten. Er hat einmal 25 Hiebe erhalten und die Hufe dabei vollgemacht. Als er sie gereinigt hatte, hat er weitere 25 Hiebe erhalten. Zeuge hat nicht sitzen können. — Der Angeklagte behauptet, daß der Zeuge die Hufe absichtlich vollgemacht habe. — Jüngling D. ist nicht geschlagen worden. Er hat aber gesehen, daß viel geschlagen wurde und daß mehrere in Ketten gingen. Nachts wurden die Ketten von einem Bein abgenommen. Bis zu 40 Schlägen sollen ausgeteilt sein. — Jüngling Z. hat wegen Diebstahl an einem Tage 50 Schläge erhalten und ist dann drei Tage in den Karzer gesperrt worden. Andere sollen länger als drei Monate in Ketten gegangen sein.

Darauf wurde die Verhandlung, die um 9 Uhr morgens begonnen, um 5 Uhr abends auf Donnerstag vertagt. — Zu bemerken ist noch, daß ein von der Verteidigung geladener Sachverständiger vom Gericht abgelehnt wurde.

**Mhsfelde. Gemeindevorsteherwahl.** Zum Gemeindevorsteher wurde Genosse David Kuschadt gewählt.

### Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.)

**Achtung, Bürgerchaftsaktion!** Freitag abend 7 Uhr: Sitzung im Rathaus. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

**Achtung, Sperr!** Wegen Differenzen bei der Firma S. Oldenburg (Hieseler Bauhütte) ist über die Auslabarbeiten der Mauerwerke die Sperr verhängt. Arbeiter, übt Solidarität. Keiner werde Streikbrecher!

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Ortsgruppe Lübeck.

**Stadttheater.** Wir weisen ganz besonders auf das einmalige Tanzgastspiel am Samstag hin: Magda Bauer und Traill Gadescoy, der geniale russische Tänzer (Solisten im Operahouse Newyork). — Die Rückzahlung des für die eingegangenen Abonnementskonten zuviel gezahlten Beiträge erfolgt gegen Rückgabe der Abonnementskarten an der Theaterkasse.

**Dänischburg.** Freitag, den 26. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr. Öffentliche Volksversammlung beim Gastwirt G. Rotzgard-Dänischburg. Referent Dr. Leber.

### Angrenzende Gebiete.

**Schwartau-Kenfeld.** Die Parteiversammlung am Sonnabend, dem 26. November, fällt aus. Näheres wird noch bekannt gemacht.

**Kenfeld.** Bücherausstellung. Die Arbeiterfamilien von Schwartau, Kenfeld und Umgegend machen wir darauf aufmerksam, daß wir vom 27. November bis 18. Dezember jeden Sonntag von nachmittags 4 Uhr bis 7 Uhr abends im Jugendheim Schwartau (Schulhaus) eine Bücherausstellung veranstalten. Wir bitten um recht rege Besichtigung und kritischen Einkauf. Es handelt sich um praktische Weihnachtsgeschenke für jung und alt. Die Bücher können auch wochentags von 5-8 Uhr abends im Lübeck, Hünshausen 3 b sichtigt und gekauft werden. Die Ausstellung hat die Bekämpfung der Schuldenliteratur zum Zweck. Freie Jugend Schwartau-Kenfeld.

**Wandsbeck.** Zur Frage der Milchverbilligung. Im Wandsbeker Hof tagte der Gesamtausschuß des Stormarnschen Landbundes. Außer Vorstandsmitgliedern des landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes, des Schleswig-Volks-Bauernvereins, des Bundes der Landwirte, des Kreisvereins, des Damburger Milchringes und der Stormarnschen Viehwärter beteiligten sich u. a. an den Beratungen der Oberbürgermeister von Wandsbeck, die Bürgermeister von Odesloe und Kenfeld, Vertreter von Altona und Lübeck und die Gemeindevorsteher zahlreicher umliegender Ortsteile. Die Ausprache ergab, daß die Mehrzahl der Landwirte davon überzeugt ist, daß irgend etwas geschehen muß, um den mundebermittelten Verbraucherpreisen die für Kinder, Kranke und werdende Mütter sowie für Kranke erforderliche Milch zu einem verbilligten Preise zur Verfügung zu stellen. Die zahlreichen Redner waren sich darüber einig, daß eine allgemeine Verbilligung des Milchpreises nur dazu führen würde, daß die Milch in noch größerem Umfangem verbuttert werden würde. Es wurde beschlossen, eine Milchverbilligung für die Mundebermittelten in die Wege zu leiten. Um in den nächsten Gemeindevorsteher des Kreises diese Milchverbilligung zu ermöglichen, wollen die Landwirte des Kreises Stormarn ab 1. November für jedes Kind über zwei Jahre einen monatlichen Beitrag von 6 Mark bereitstellen. Die Verbilligung erfolgt unter der Voraussetzung, daß auch erhebliche Mittel aus dem Bereich der Industrie und der wohlhabenden städtischen Bevölkerung aufgebracht werden. — Es wird nur gelehrt und beschlossen und sodann wird die Milch teurer.

**Burg auf Fehmarn.** Die Verkehrsverbindungen mit dem Festlande sind unerträglich. Der Personenverkehr wird durch ein kleines, höchstens 20 Personen fassendes Motorboot aufrecht erhalten. U. U. müssen die Fahrgäste Stundenlang auf die Ueberrahrt warten. Der ganze Güterverkehr ist auf ein kleines Boot angewiesen, das dem Motorboot angehängt wird. Mit einer Handkarre werden die Güter aus dem Erwerbswagen ins Boot verladen, ohne Beschädigung durch Wasserprager geht die Ueberrahrt kaum ab. Bei starkem Wind muß sie überhaupt ruben. Es ist klar, daß ein nennenswerter Verkehr mit Getreide, Kunstdünger und Futtermitteln überhaupt nicht möglich ist. Auch steht auf der Insel noch viel Kohl auf dem Felde, da eine Abfuhr noch nicht möglich ist. — Das am 7. November im Sturm abgetriebene Fährschiff ist bei Groß- und Kleinbröde auf Land gesetzt worden. Es soll jetzt durch die Firma Lafrenz & Lehmann aus Kiel abgebracht werden. Die Kosten sind auf 2.000 Mk. berechnet. Bei günstiger Witterung kann das Schiff in 10-12 Tagen voranständig flott sein.

**Sande (Kr. Stormarn). Zur Warnung.** Hier hatte eine Frau die Unvorsichtigkeit begangen, eine Wärmflasche in dem geheizten Ofen anzuhängen. Und später das Herausnehmen vergessen. Die Flasche explodierte und riß den Ofen in Stücke, wobei das Zimmer stark beschädigt wurde und sämtliche Fenster Scheiben der Wohnung zertrümmert.

**Neubrandenburg.** Nichtwürdige Verleumdungen kreuzte der Schriftsteller Hans Wendt in der „Recht. Warte“ gegen den Staatsminister v. Reibnitz-Neutrelitz aus. In den Artikeln waren irreführende und beleidigende Behauptungen des Herrn Wendt gegen den Genossen v. Reibnitz bezüglich des Gehalts des Genossen Hans Krüger (jetzt Hannover) und einer dreitägigen Bäderinformationsreise des Genossen v. Reibnitz und 6 Landtagsabgeordneter enthalten. Eine schwere Beleidigung lag vor allem in dem Satz eines Artikels der „Warte“ vom 6. November 1920: „Der rote Ministerpräsident liegt also schon wieder einmal ohne Scheu.“ Wendt konnte den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen nicht erbringen. Der als Nebenkläger zugelassene Genosse v. Reibnitz beantragte einen Monat Gefängnis gegen Wendt. Der Rechtsanwalt beantragte in Anbetracht der Schwere der Beleidigungen 2 Monate Gefängnis. Das Urteil des Schöffengerichts lautete auf 1500 Mark Geldstrafe und auf Publikationsbefugnis des Urteils durch den Genossen v. Reibnitz in 4 Zeitungen auf Kosten des Angeklagten Wendt. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß das Gericht von einer Gefängnisstrafe abgesehen hat, weil der Angeklagte Wendt nach dem Kriege noch nicht rechtskräftig vorbestraft ist.

**Stade.** Die „Entdeckung“ des Störtebekerjähakes ein großer Schwundel. Kürzlich ging die aufsehenerregende Meldung durch die Presse, daß ein Herr Bruno Kiep aus Osterdorf den sagenhaften Störtebekerjähake gefunden habe. Als man der Sache auf den Grund ging, zeigten sich die Angaben Kieps als Märchen heraus. Auf die Persönlichkeit dieses Herrn, der sich als „Archivar des Kreises Hadeln“ nennt, obwohl ihm dies „Amt“ seitens des Kreis Ausschusses entzogen worden ist, wozu, wie wir dem „Hann. Courier“ entnehmen, eine Verhandlung, die dieser Tage vor der Strafkammer des Landgerichts Bremen stattfindet, ein bestimmendes Licht. K. betrieb, bevor er sich der „Heimatforschung“ zuwandte, in Bremen ein kleines Schenkstübchen und Konsumgeschäft. Bei den Lebensmittelkäufen im Juni des vorigen Jahres hat er es verstanden, rechtzeitig seine gesamten Waren in Sicherheit zu bringen, so daß bei ihm nichts geplündert werden konnte. Trotzdem hat er unter der Behauptung, daß auch bei ihm „Zwangverkäufe“ stattgefunden hätten, eine Schadensberechnung bei der Kammer für Kleinhandel eingereicht, um den Staat zur Zahlung einer Entschädigungssumme zu veranlassen. Kiep war deswegen vom Schöffengericht wegen Betrugsversuchs zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Seine gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde als nicht begründet verworfen.

**Bremen.** Schlimme Zustände auf dem Bremer Arbeitsmarkt. In den letzten Jahren haben sich in Bremen eine Anzahl Lohnkämpfe abgeigelt, die die Arbeitgeber schon lange dazu veranlaßten, Rachepläne gegen die Arbeitererschaft zu schmieden. In der letzten Zeit haben sich die Zustände zur Unentrichtlichkeit verschlechtert. Das System der schwarzen Listen, wie es vor dem Kriege gang und gäbe war, ist hier wieder in vollem Umfange eingeführt worden. Die Freizügigkeit der Arbeiter ist fast vollständig unterbunden. So konnte in letzter Zeit wiederholt festgestellt werden, daß Arbeiter, die an irgendeinem Streik beteiligt waren, selbst wenn derselbe schon wochen- oder monatelang beendet war, bei keiner hiesigen Firma wieder eingestellt wurden. Andere Arbeiter, die ordnungsmäßig bei einer Firma ausgeschieden, konnten anderswo keine Arbeit bekommen, aber wenn sie bereits in Arbeit getreten waren, mußten sie auf Veranlassung der Firma, bei der sie früher beschäftigt waren, wieder entlassen werden. Eine Anzahl verheirateter Arbeiter hat aus obigen Gründen Bremen schon verlassen müssen, um anderweitig Arbeit zu bekommen. Was es für einen verheirateten Arbeiter bedeutet, unter den heutigen Verhältnissen einen doppelten Haushalt führen zu müssen, brauchen wir wohl nicht besonders auseinanderzusetzen. Auf der anderen Seite geht eine Anzahl hiesiger Firmen dazu über, durch auswärtige Zeitungen Arbeitskräfte für Bremen zu suchen, obwohl auf dem hiesigen Arbeitsmarkt noch genügend Arbeitskräfte vorhanden sind. Eine Anzahl Arbeiter sind seither schon auf die Annoncen hineingefallen; sie haben hier Arbeit angenommen, ohne sich vorher bei ihren zukünftigen Organisationsstellen zu erkundigen. Weiter möchten wir darauf hinweisen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen hier ziemlich schlecht sind, so daß die nach hier gekommenen Arbeiter froh sind, wenn sie Bremen halb wieder verlassen können. Oben erwähnte Zustände veranlassen uns, alle arbeitertreuen Blätter um Nachdruck dieser Notiz zu bitten. Ortsauschuß des ADGB, Bremen.

### Lohnbewegung der Land- und Forstarbeiter.

Die Land- und Forstarbeiter der gesamten Provinz Schleswig-Holstein sind auf Grund der spontan anziehenden Preise aller Bedarfsartikel in eine Lohnbewegung getreten. Die Entlohnung der Landarbeiter, welche seit ein paar Jahren dank der geschlossenen starken Organisation des Landarbeiter-Verbandes durch Tarifvertrag geregelt wird, ist immer noch, wenn man die wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht zieht, als minimal anzusehen. In vielen Arbeiterfamilien sind Not und Entbehrung häßliche Gäste. Durch die fürchterliche Entwertung unseres Geldes ist dieser Zustand noch schlimmer geworden, zumal die Arbeiter eine sehr niedrige Entlohnung neben dem Deputat an Bargeld bekommen. Der Deputatarbeiter erhält heute 1,70 Mk. Stundenlohn, daneben sein Deputat, welches knapp ausreicht, den Lebensunterhalt einer fünfköpfigen Familie zu bestreiten, dabei sind doch 3 Kinder wenig gerechnet. Das macht bei achtstündiger Arbeitszeit in der Woche 8,60 Mk. Davon gehen ab: 2,90 Mk. Kranken- und Invalidengeld, es bleibt also ein Barlohn von 5,70 Mk.; daß davon der Deputatarbeiter seine sonstigen Bedürfnisse nicht beschaffen kann, wie Stiefel, Kleidung, Licht, Seife usw., dürfte jedem klar sein. Viel schlimmer als wie der Deputatarbeiter steht unter den augenblicklichen Verhältnissen der Freiarbeiter. Dieser erhält kein Deputat. Dafür einen Stundenlohn von 2,50 Mk. Das macht einen Wochenverdienst von 188 Mk. Wenn er davon Miete, Steuern, Kranken- und Invalidengeld bezahlt, bleiben ihm für sich und seine Familie 120 Mk. nach. Dafür kann er heute 2 Pfd. Margarine, 4 Brote und jeden Tag 1 Liter Milch kaufen. Alles andere, Schuhzeug, Kleidung usw. können nicht in Ordnung gehalten, geschweige noch neue Anschaffungen gemacht werden. Daß dabei die Verelendung noch mehr um sich greift, ist ja verständlich. Die Erregung der Landarbeiter hat aus diesen Gründen recht bedenkliche Formen angenommen, zumal die landwirtschaftlichen Arbeitgeber von den Freiarbeitern trotz der niedrigen Entlohnung für an ihn verkauften Getreide Weltmarktpreise gefordert haben. Unsere Bauern und Großgrundbesitzer sind ja bekanntlich alle in dem Geiste erzogen, daß Nehmen seliger ist denn Geben. Deshalb konnten sie sich auch wohl bisher nicht dazu aufraffen, auch Weltmarktlöhne zu zahlen. Auch die Entlohnung der freien Arbeiter ist unter den heutigen Verhältnissen viel zu niedrig. Der Jahreslohn betrug früher ungefähr das, was die beste Kuh im Stall kostete. Davon sind unsere Landwirte heute natürlich lange abgekommen, nachdem die Viehpreise eine so gewaltige Steigerung erfahren haben. Heute erhalten die Jahreslöhner im Durchschnitt neben Kost und Wohnung den Lohn von 1800 Mk. Wenn davon alle Abzüge gemacht sind, bleibt

den etwa 1000 Mk. nach. Daß mit dieser Summe heute kein junger Mann bezw. Mädchen ohne Zuschüsse der Eltern leben kann, ist leicht nachzurechnen. Leider ist auf Grund des großen Glends in den Städten das Angebot der jungen Leute groß, weil das städtische Proletariat vor dem Feldmarschall „Hunger“ kapitulieren muß. Dieses ruhen die Landwirte vielfach aus. Es ist geradezu beschämend für die Landwirtschaft, diese tieftraurigen Verhältnisse einer so niedrigen Entlohnung der Arbeitskräfte und das in einer Zeit, wo die Besitzer glänzende Geschäfte machen. Selbst die landwirtschaftliche Grundbesitzerzeitung „Agrar und Heim“ nimmt Stellung zu diesen ungelunden Verhältnissen und schreibt unter anderem in einer der letzten Ausgaben:

„Landwirte, daß darz nicht sein, freisetzt nicht ab, daß Ihr nichts verdient, daß es Euch so erbärmlich geht, daß jede Preisfestsetzung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, besonders des Brotes und der Milch und Kartoffeln, ausgeschlossen sei. In ganz Deutschland gibt es keinen verächtlicheren Landwirt mehr! Man sehe den Lurus an, der sich besonders in Pächterkreisen ausgiebig bemerkbar macht. Man sehe in den Städten, in den Weinrestaurants und Vergnügungsorten, die gerade kleineren Landwirte und die jungen Kleinpächter das Geld mit vollen Händen ausgeben. Das sind nicht falsche Anschuldigungen, das sind Tatsachen!“

Auf der einen Seite also Lurus und Gelbtausgaben mit vollen Händen und auf der anderen Seite immer mehr um sich greifende Verelendung des Landproletariats. Daß unter diesen Verhältnissen die Landarbeiter einen höheren Lohn fordern, ist nur zu berechtigt. Die Arbeiter in allen Orten der Provinz, ohne Ausnahme, müssen sich aber auch über das eine klar sein, daß Lohnfragen Nachfragen sind. Auf der einen Seite, wo die größere Macht liegt, wird auch das größere Recht sein. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber der Provinz Schleswig-Holstein sind im Provinzial-Arbeitgeberverband gut organisiert. Dagegen läßt die Zahl der organisierten Landarbeiter und Arbeiterinnen sowie Forstarbeiter entsprechend der tatsächlich Beschäftigten immer noch zu wünschen übrig. Hier heißt es für jeden organisierten Landarbeiter Hand anlegen, um in diesen Wochen die uns noch Fernstehenden ihrer Organisation, dem Deutschen Landarbeiter-Verband zuzuführen. Nur, wenn dieses gelingt, wird es möglich sein, die Lohnbewegung zum guten Ende zu führen und der Landarbeiterschaft das zu geben, was sie unbedingt zu ihrem Lebensunterhalt gebrauchen.

Die Ganleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

### Gewerkschaften.

#### 13. Verbandstag der Dachdecker.

k. r. Thale, 19. November. In den Tagen vom 13. bis 19. November hielten in Thale a. S. der Zentralverband der Dachdecker seinen 13. Verbandstag ab. Anwesend waren 34 Delegierte, dazu Thomas und Dieckmann a. M. vom Hauptverband, sechs Gauleiter und Hahn-Berlin vom Ausschuß. Die Verbände der Bauarbeiter, Asphaltteure, Zimmerer und Glaser hatten Vertreter entsandt. Außerdem nahmen an der Tagung teil Hufe- und Heintze-Berlin vom A. D. G. B.

Den Geschäftsbericht erstattete Verbandsvorsitzender Thomas a. M. Die Debatte darüber brachte einmütige Zustimmung zu der Tätigkeit des Vorstandes. Die Kritik drehte sich lediglich um die Frage der Zuschüsse bei Lokalbeamten, um die Wahlkreise zur Verbandstagswahl und die Beitragsfrage. Von allen Seiten wurde die voranschreitende Politik des Verbandsvorsitzenden gelobt. Vor kommunistischer Seite wurde allerdings eine größere revolutionäre Taktik gefordert. Es sprachen 23 Redner, dann wurde gegen 4 Stimmen folgender Antrag angenommen: „Der Verbandstag erklärt sich mit der Tätigkeit des Zentralvorstandes einverstanden, spricht ihm sein weiteres Vertrauen aus und wünscht, daß er seine Arbeit in dem bisherigen für die Organisation fortzuschreitenden Sinne weiterführt.“

Den Bericht für die Redaktion gab ebenfalls Thomas. Die Aussprache darüber ergab vollste Zustimmung zu seiner Redaktionsführung, die auch von den kommunistischen Kollegen gebilligt wurde.

Zum Punkt Unterstützungsleistungen referierte Pipenbring-Köln. Von einer gänzlichen Beseitigung des Unterstützungsweises könne keine Rede sein; der Hinweis auf den Staat wäre verfehlt. Zunächst dürften die Gewerkschaften die Hand von den Mitgliedern nicht zurückziehen. Für die Beitragsfestsetzung bilde die geltende Beitragsliste, daß mit jeder Lohnsteigerung auch die Beiträge steigen, die festere Grundlage. Es wurde beschlossen, 85 Proz. eines Stundenlohnes als Beitrag zu zahlen und davon 75 Proz. mit der Hauptkasse zu verrechnen. An der Erwerbslosenunterstützung wurde nichts geändert. Die Umzugsunterstützung wurde vermindert.

Ueber den Reichstakt sprach Verbandsvorsitzender Thomas. In zweitägigen Verhandlungen wurde die Taktik des Vorstandes in letzterem für und über besprochen und ein Programm für die künftige Taktik aufgestellt, in dem die Forderungen, Regelung der Beitragsfrage und die Stellung zum § 4 des Tarifs eine besondere Rolle spielen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf den Baugewerksbund. Der Referent Görnich-Berlin schilderte die vielfachen Bemühungen des Verbandes der Dachdecker, um in dieser Frage voranzukommen. Es müsse alles getan werden, um die Errichtung des Bundes durchzuführen; lediglich eine Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband sei abzulehnen. Nach einer längeren Aussprache wurde die sofortige Verschmelzung mit dem Bauarbeiter mit 21 gegen 13 Stimmen abgelehnt und einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Verbandstag bedauert, daß der Baugewerksbund bis heute noch nicht zustande gekommen ist. Der Zentralrat wurde erneut beauftragt, mit aller Kraft für die Schaffung des Baugewerksbundes einzutreten. Der Verbandstag erwartet, daß der nächste Gemeindefesttag diese Frage endgültig zur Lösung bringt. Falls eine Entscheidung nicht zustande kommt, hat der Vorstand mittels Urabstimmung die Verschmelzung zu veranlassen.

Ueber die Sozialisierung des Baugewerkes gab Schmidt-Brandenburg a. M. einen Bericht. Nach gründlicher Beratung wurde beschlossen, 100.000 Mark aus zentralen Verbandsmitteln dem Verband sozialer Handwerke zur Verfügung zu stellen, ferner laufend 5 Proz. der zentralen Einnahmen. — Verschiedene statutarische Bestimmungen wurden geändert. Die Einziehung eines Beitrags abgelehnt. Zu den vorhandenen vier wurden noch zwei weitere Gauleiter angeheft, die schon in Hilfsstellung tätig waren.

Die Wiederwahl der Zentralvorstandes erfolgte einstimmig. Ausschußvorsitzender wurde Hufe-Berlin. Zum nächsten Gemeindefesttag wurde der Zentralvorsitzende Thomas-Brandenburg a. M. delegiert. Zur Gehaltsfrage beschloß der Verbandstag eine neue Skala, die sich den Dachdecker-In als Grundlage nimmt. — Der nächste Verbandstag findet Pfingsten 1921 statt.

### Aus aller Welt.

1269 000 Postkarten verschoben. Vor dem Reichsgericht des Berliner Landgerichts sollte Montag ein dreitägiger Prozeß beginnen, in dem es sich um umfangreiche Postkarten- und Briefschickungen handelt. Die auf gewerkschaftlichen Schließhandlungen beruhenden Postkarten, Seilereien und Höchstpreisüberhöhung laufende Anklage richtet sich gegen den Magistratsrat



Otto Gerstner aus Lichterfelde und gegen seinen Vätermeister. Es handelt sich um Verleumdungen größter Art, die seinerzeit von der vom Stadtrat Schünung geleiteten Berliner Ueberwachungsabteilung aufgedeckt worden waren. Ingesamt betraf es 120000 Brote und 250 000 Kesselfrostmarken, die innerhalb von 2 1/2 Jahren von der Gemeinde Lichterfelde bezw. dem dort tätigen Magistratssekretär Otto Gerstner zu viel angesetzt worden waren. Die Ermittlungen ergaben, daß die Angeklagten schon einmal verurteilt und zurückgegebene Brotarten nochmals an die mitangeklagten Vätermeister ausgegeben hatten, die 75 Pfennig je Stück dafür bezahlten mußten. Gerstner soll auf diese Weise Hunderttausende verdient haben. Vor Gericht sollte Rechtsanwalt Rahn den Antrag, Gerstner auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Das Gericht beschloß, den Gerichtsarzt Geheimen Medizinalrat Dr. Hoffmann mit der Untersuchung zu beauftragen. Sollte sich bei Gerstner die Anwendbarkeit des § 51 ergeben, so würde der staatsanwaltschaftliche Fall einreten, daß auch die übrigen Angeklagten von der Kesselfrost freigesprochen werden müßten, da nach einer Reichsgerichtsentcheidung eine Kesselfrost nicht vorliegt, wenn die Hauptrolle bei einem geisteskranken Täter nicht bekräftigt werden kann.

**Explosion in der Nabischen Kautschukfabrik.** Mittwoch explodierten in der Nabischen Kautschukfabrik die Nabischen Anstalt und Sodaabrik beim Komprimieren eine Wasserstoffkugel. Zwei Arbeiter sind tot, mehrere acht mehr oder weniger verletzt. Der Bau selbst ist fast vollständig zerstört. Glücklicherweise waren nicht mehr Leute im Bau oder in dessen Nähe.

**Eisenbahnunfall.** Mittwoch nachmittags ist der Personenzug aus Chemnitz im Hauptbahnhof Leipzig auf einen Wagenschlepper gefahren. Durch den Anprall wurden drei Reisende schwer und mehrere leicht verletzt.

**Niedrige Unterhaltungen bei einer schwedischen Bank.** Die aus Stockholm telegraphiert wird, ist der Kassierer der Zantland-Folkers-Bank in Listerlund wegen Unterschlagung von 700 000 Kronen verhaftet worden.

**Heiliger Schneesturm in Christiania.** Hier herrscht seit einigen Tagen heftiger Schneesturm. Der Schnee liegt ein halbes Meter hoch. Zahlreiche Verkehrsstörungen sind eingetreten. An vielen Stellen sind auch Telephon- und Telegraphenstörungen zu verzeichnen.

## Theater und Musik.

### Stadttheater.

**"Siegfried"** von Richard Wagner. Am Dienstag sang Herr Dr. Winkelmann zum Schwanen-Landestheater hier den Drachentöter. Sein Tenor hat in der Höhe vortrefflichen Klang; dagegen verliert er etwas in den tieferen Tönen. Im Spiel gab er dem Siegfried ihm gut ansehendes naives Naturgefühl, besonders auch gegenüber Brünhild. Frau Watson bringt für die Wotanstöchter eine rechtliche Erscheinung und ein klangvolles Organ mit, das sich auch den Stimmen des Orchesters gegenüber freudig behauptet. Aber sie ist noch keine Brünhild.

sondern erst auf dem Wege, eine zu werden. Sie weiß die innere Umwandlung der Malküre zum lieb und den Weib kaum andeutungsweise in Gebärden, Mienen und Ausdruck wiederzugeben. Aber wenn man in Erwägung zieht, daß die Künstlerin zum ersten Male die Partien sang, so wird man erwarten dürfen, daß sie nach Ueberwindung der in einer gewissen Befangenheit und Unsicherheit liegenden Hemmungen die große Rolle findet, die hier geboten ist.

## Allerlei Wissenswertes.

**CK. Der Elefant als Haustier.** Wir sind gewohnt, den Elefanten nur als Schaustück im Zoo anzustarren, und können uns nicht recht vorstellen, wie die Menschen in anderen Ländern mit diesen Riesen der Tierwelt so wie wir mit unseren Haustieren zusammen leben. Einen hübschen Einblick in diese Verhältnisse gewährt die Schilderung eines indischen Unternehmers, der im Nidungel mit Elefanten zusammen arbeitet und mit ihnen Freundschaft geschlossen hat. Wir haben 9 Elefanten, 8 große und ein Baby," schreibt er, "und diese großen outmütigen Rastiere sind meine Gefährten für Wochen. Das Baby ist voll von tollen Streichen und fettlichen Abneigungen. Es kocht unsern chinesischen Koch, und der Koch wirt, wenn er es nur sieht, alles beiseite, um sein Leben zu retten, denn der kleine Elefant ist schwarz hinter ihm her. Eines Tages wollte das Baby auf einer Reise zwischen zwei entsetzenden hohen Bäumen durchschlüpfen und blieb in der Klemme stecken. Unfähig, sich vorwärts oder rückwärts zu bewegen, rief es ein lautes Geheul aus, und die Mutter, die ihr Junges sofort an der Stimme erkannte, kam mühsig zurück, um die Situation zu betrachten. Sie beschloß, den jungen Elefanten durchzubringen, trat zurück, nahm einen kleineren Anlauf und verließ ihrem Sprößling mit dem Kopf einen so gewaltigen Stoß, daß das Riesenbaby mit einem einsigen Aufschrei aus der Klemme befreit, vorwärts schnelle. Die Elefanten sind strenge Pflanzenfresser; sie mühen ihr tägliches Bad haben, und deshalb muß man das Lager stets in der Nähe des Wassers anlegen. Haben sie nicht ihre vorläufige Bileae und Martina, so fühlen sich diese Riesenfüße gleich unwohl, und sie sind überhaupt viel zarter, als man denkt, überarbeiten sich leicht. Abends, wenn das Lager erreicht und die Tagesarbeit getan ist, nehmen die Wärter den Tieren ihre Lasten ab, binden einem jeden die Vorderfüße mit dicken Stricken zusammen und gefasteten ihnen dann, sich das beste Futter zu suchen. Die Elefanten sind große Feinschmecker und wandern manchmal während der Nacht mehrere Kilometer rückwärts bis zu einer Stelle mit saftigen Kräutern, die sie am Tage vorher passiert und sich gemerkt haben. Der Elefant gehorcht dem Wärter, der auf seinem Nacken sitzt, tatsächlich aufs Wort. Wenn er ihm befehlt, nach rechts oder nach links zu gehen, so führt er alle Bewegungen sehr geschickt aus, und sein Führer kann ihn zwischen zwei engeren Bäumen durchschleichen, ohne daß die Reine des Reiters berührt werden. Aber selbst der folgsamste Rüstelträger wird einen Befehl nicht ausführen, wenn er nämlich über eine Brücke gehen soll, die ihm nicht höher erscheint. Er erprobt sie zuerst vorsichtig, tritt mit einem Fuß darauf und dann mit

dem zweiten, und nur, wenn er sich überzeugt hat, daß die Brücke sein Gewicht aushalten wird, geht er hinüber. Sonst bringen ihn weder Ritten noch Schläge dazu."

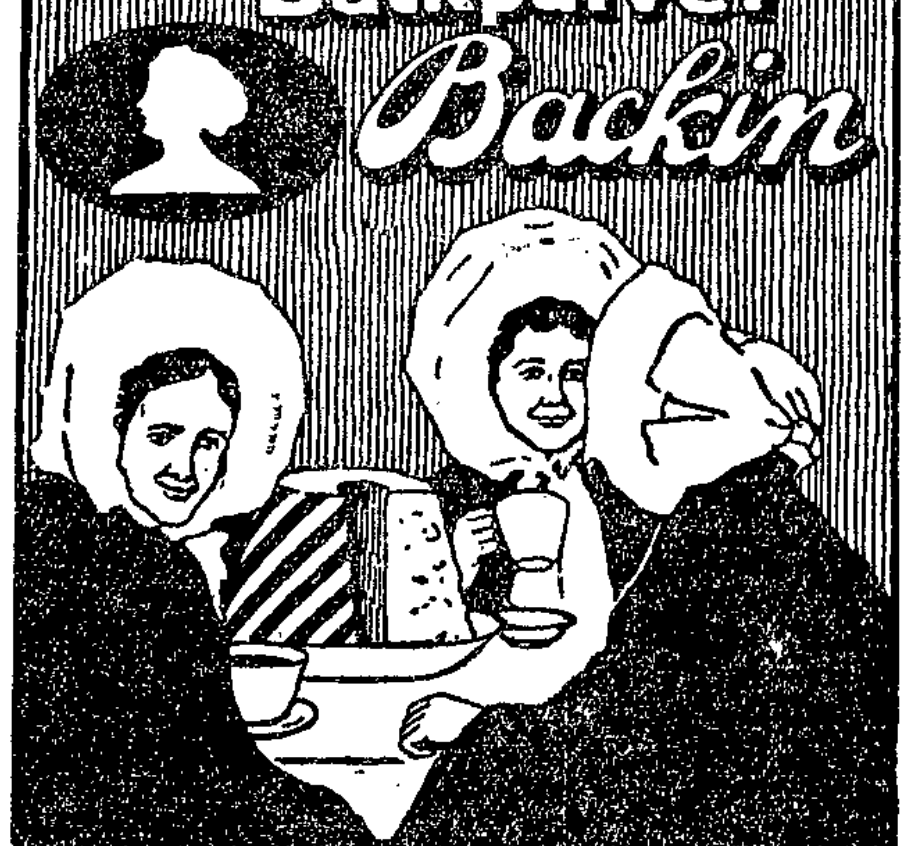
### Briefkasten.

**K. Klub.** Ihrem Plane steht nichts entgegen. Die Veranstaltung muß natürlich im Rahmen des Möglichen und Vernünftigen bleiben. Besondere Anmeldung bei der Polizei ist nicht notwendig, insofern das Vergnügen im geschlossenen Kreise stattfindet und nicht öffentlich ist.

**Das altbewährte**

**Dr. Oetker's**

**Backpulver**



Backin

ist uns doch das liebste!

## Öffentliche Verpachtung von Ländereien.

Am Mittwoch, dem 30. November d. J., vorm. 9 Uhr, sollen in der Zentralschule, Dankwartstraße 20, folgende Ländereien auf die Dauer von 10 Jahren öffentlich meistbietend verpachtet werden:

- a) Vor dem Postamt (aus dem Stadt-gute Klein-Steinrade):
  - 22 Parzellen, groß je etwa 1/2 ha, (Weide) groß je etwa 1 ha.
- b) Vor dem Burgtor (aus dem vom Staate erworbenen Gelände des Hofes Brandenbaum):
  - 14 Parzellen (Weide), groß je etwa 640 bis 1500 qm.
  - 39 Parzellen, groß je etwa 2000 qm.

Als Nachweis wird der Wert von Roggen ansetzungen werden.

Die Bedingungen und Karten liegen im Geschäftsbüro der Finanzbehörde, Fleischhauerstr. 18, Zimmer 8, zur Einsicht aus. (9455)

### Die Finanzbehörde.

Abteilung für Stadtgüter.

Einige Herren i n n e r vorübergehend auf einige Wochen (9457)

### möbl. Zimmer

mit od. ohne Pension, Lage, m. Preisang. einjährl. Geigung unter R H S an die Geschäftsst. d. ZL

**Hermann Lankau**  
Else Lankau  
geb. Hillers  
Vermählte.

Lübeck. (9465)  
Für die vielen Geschenke und Gratulationen danken herzlichst. D. D.

Für die vielen Gratulationen u. Geschenke zur silbernen Hochzeit danken herzlich (9450)  
Ferd. Möller u. Frau  
geb. Bernbed.

**Verbd. d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter.**  
Zahlstelle Lübeck.

**Nachruf.**  
Am 21. Novbr. starb unser Kollege, der Brauereiarbeiter

**Heinr. Lüthgens.**  
Ehre (9458)  
seinem Andenken!  
Der Vorstand.

**Sozialdem. Verein Lübeck.**

Am Montag starb unser langjähriger Genosse (9459)  
**Paul Vahlendieck**  
Safenanbeiter.  
Ehre  
seinem Andenken!  
Beerdigung Freitag nachm. 1 1/2 Uhr  
Borm. Friedhof.

Ferner starb unser Genosse  
**P. Schierbek**  
Maler.  
Ehre  
seinem Andenken!

Beerdigung Sonnabend, d. 26. v. m. 10 1/2 Uhr auf dem Ohren-Friedhof.  
Der Vorstand.

3-Zimmer-Wohn. geg. 2-Zimmer-Wohnung zu tauschen gef. Ang. unt. 100 a. d. Exp. (9485)

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Ortsverwaltung Lübeck.

**Nachruf.**  
Am Montag, dem 21. November starb unser treuer Kollege, der Safenanbeiter  
**Paul Vahlendieck.**  
Ehre  
seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 25. d. Mts., nachm. 1 1/2 Uhr, auf d. Bormerker Friedhof statt. (9470)  
Sammelpunkt der Kollegen daselbst 1 1/2 Uhr.  
Die Ortsverwaltung.

Ein Kronleuchter f. Gas u. Petroleum zu verk. (9452) Naiblumstr. 7111 L

### Dankagung.

Für innige Teilnahme und reiche Kranzsenden bei der Beerdigung unserer lieben Eltern und Großeltern sprechen wir allen Beteiligten, insbesondere der Fackenburg-Liedertafel, dem Sozialdemokratischen Verein, dem Brauereiarbeiterverband und Herrn Pastor Vietig unsern herzlichsten Dank aus.

**Familie Freese**  
und Angehörige.  
Fackenburg, 24. 11. 21.

Zu perf. Med.-Apparat mit Gläsern, Plumen, Ofen, kleiner Kindertisch, Puppenküche m. großem Küchenschrank, Schlittschuhen, Stuhlrollen, K.-Regenrocken, Mantel, Stiefel, G.-Hilfshut. (9482) Lindenstr. 15 II

8 ig. Terriers zu verk. (9495) Rottwikstr. 15.  
Gefucht gut erh. Kinderwagen. Ang. u. A L an die Exp. (9481)

## Oft nachgemacht



doch nie erreicht, am roten Frosch erkennt man's leicht!

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder

Alleinhersteller: Werner & Mertz A-G Mainz

**Bremer Zigaretten-Fabriken G. Freie**  
Gegründet 1860 • Bremen • Gegründet 1860  
Zentrale Lübeck, Holzstr. 13/15, Fernspr. 8937  
Bestellstelle Bezugsquelle feinsten Bremer Qualitäts-Zigaretten.

**Gebr. Mütter, Mühlenstraße 13, Fernsprecher Nr. 427, Beerdigungs-Institut.**

**J. H. Pein, Markt 12, Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten, Bettfed., Herr- u. Knab.-Gard., Arb- u. Berufskleid.**

**Beste Bezugsquelle**

**in allen Lederwaren, Koffern u. Reiseartikeln**

F. Fränkel,

Breite Str. 35  
und Günterstr. 4

**Glasarbeiten** aller Art, Kist., Bilderleichen, Bilder-Rahmen, Oskar Tauschitz, Fleischstr. 55, Tel. 2008.

**Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan.**



Hamburg				Büchen				Eutin				Travemünde			
Uhr	ab	Uhr	an	Uhr	ab	Uhr	an	Uhr	ab	Uhr	an	Uhr	ab	Uhr	an
6:30	7:30	5:30	7:30	8:00	9:15	6:30	7:45	7:15	8:15	6:15	7:25	5:20	6:01	—	6:30
7:15	8:15	—	—	1:30	2:45	1:15	1:55	9:45	10:55	8:30	9:45	8:15	9:00	—	—
8:00	9:00	7:00	8:15	4:15	—	3:45	4:30	12:15	1:05	12:45	1:35	9:45	10:30	—	10:45
11:00	12:00	8:30	9:45	5:30	6:45	5:00	6:15	1:15	2:05	2:05	2:55	2:07	2:47	—	3:15
12:30	1:30	9:15	10:30	9:15	10:30	8:45	10:00	2:00	2:50	3:05	3:55	6:15	7:00	—	7:45
1:15	2:15	—	—	—	—	—	—	2:30	3:20	3:45	4:35	—	—	—	—
3:45	4:45	10:15	11:30	—	—	—	—	7:15	8:05	7:45	8:35	—	—	—	—
4:30	5:30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5:15	6:15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7:00	8:00	—	—	7:15	8:30	6:00	7:15	—	—	—	—	—	—	—	—
7:45	8:45	—	—	9:15	10:30	9:00	10:15	8:15	9:05	8:55	9:45	—	—	—	—
8:30	9:30	—	—	9:45	10:30	1:00	3:00	9:30	10:20	10:10	11:00	—	—	—	—
9:15	10:15	—	—	12:15	1:15	—	2:30	10:00	10:50	10:40	11:30	—	—	—	—
9:45	10:45	—	—	5:00	6:15	4:30	5:45	10:30	11:20	11:10	12:00	—	—	—	—
10:30	11:30	—	—	9:15	10:30	8:45	10:00	11:00	11:50	11:40	12:30	—	—	—	—
11:15	12:15	—	—	—	—	—	—	11:30	12:20	12:10	13:00	—	—	—	—

W = Wochentags, S = Sonntags, D = D-Zug

## Schwartau

**Kurhaus Schwartau, Hotel und Restaurant I. Ranges, anerkannt vorzügliche Küche • Sool-, Moor- und med. Bäder im Hause**

**Waldhalle: Tägl. Konzert**  
Beliebter Ausflugsort der Lübecker.

**Geertz Hotel, am Riesebusch, Jed. Sonntag: Konzert. Riesebuschhalle: Tanzkränzchen.**

**Aug. Hartkopf, Lübecker Straße 16, Tel. 1842 :: Kohlen, Koks, Stroh, Häcksel :: Gegründet 1885.**

Zigaretten, Zigarren, Rauchtobak in all. Preis., nur erste Fabrik., **Zigarren-Spezialhaus Georg J. F. Schmidt, Bahnhofstr. 2, Endstat. der Straßenbahn. • Marktpavillon. Schokolade, Konfitüren, Zigarren, Zigaretten, Reiseandenken.**

**W. Wiencke, Lübeck, Str. 4, Tel. 2442, Autolep. Fahrrad, Nähmasch.**

**Anna Martin, Putz- und Modewaren**

**Hotel Kronprinz, Tel. 1257 :: Vereinslokal mit Saal und Kegelbahn**

**Kauft bei den in der Geschäftlichen Rundschau inserierenden Firmen.**